

Das offizielle Mitgliedermagazin der CDU Baden-Württemberg



CDU-Kreisverband Alb-Donau/Ulm



Generationenwechsel

Nach 25 Jahren wurde am vergangenen Freitag an der Spitze der Kreispartei ein Generationswechsel vollzogen. Auf Paul Glöckler, der am 14. März 1994 zum Kreisvorsitzenden gewählt worden war, folgt nun Manuel Hagel.

Wir bedanken uns bei Paul Glöckler für seinen herausragenden Einsatz und wünschen seinem Nachfolger viel Erfolg.

CDU Baden-Württemberg



30. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer

- » Wie Dr. Wolfgang Schäuble den Mauerfall erlebte: Seite 4-5
- » Die Ereignisse des 9. November 1989: Seite 5

CDU Baden-Württemberg



Arten schützen. Schöpfung bewahren.

- » Interview mit Minister Peter Hauk MdL: Seite 7
- » Stimmen aus Baden-Württemberg: Seite 31



Nussbaum Medien

Wir stärken Heimat

Nussbaum Medien befindet sich aktuell im größten Veränderungsprozess seiner Unternehmensgeschichte. Das Stammgeschäft der Amtsblätter und wöchentlichen Lokalzeitungen hat weiterhin eine sehr wichtige Funktion – für die Gesellschaft und das Unternehmen. Die Digitalisierung bringt jedoch eine Vielzahl zusätzlicher Chancen mit sich, weitere Mehrwerte für alle Kundengruppen zu schaffen, für Leser/Abonnenten/Nutzer, Gewerbetreibende, Verwaltungen und Vereine/Institutionen.

Daher entwickelt sich das Medienunternehmen aktuell vom Produktanbieter (Amtsblätter) zum regionalen Plattformanbieter („Nussbaum Welt“). Aktuell wird eine Vielzahl digitaler Angebote entwickelt, die langfristig eng miteinander inhaltlich und technologisch vernetzt werden.

Nussbaum Medien kann bereits heute in 380 Kommunen auf starken Netzwerken aufbauen. Dazu gehören über eine Million erreichbare Haushalte, über 40.000 registrierte Schriftführer (Autoren) und über 30.000 aktive gewerbliche Kunden.

Der Aufbau der neuen digitalen Angebote macht die Zusammenarbeit mit Nussbaum Medien noch interessanter. Denn über die neuen digitalen Plattformen wird die Zahl

der „Zugänge zu den Endkunden“ noch weiter ansteigen, im Print-Verbreitungsgebiet aber auch in angrenzenden Kommunen.

So entstehen attraktive medienübergreifende Lösungspakete für alle Kundengruppen. Teil der Unternehmensvision von Nussbaum Medien ist es, „Menschen und Institutionen miteinander zu vernetzen, um Transaktionen anzustoßen oder sonst den Austausch zu fördern“. Nussbaum Medien verbindet immer stärker Medienkanäle, Inhalte, Technologien, Märkte und Regionen.

Zum tieferen Unternehmenszweck gehört es „die Heimat zu stärken“ und „Vielfalt zu unterstützen“ – über die starke Print-Reichweite, aber systematisch ergänzt um digitale Angebote jeglicher Art.

Die konsequente Digitalisierung des Geschäftsmodells „lokaler Informationen“, inklusive der Erweiterung um zusätzliche Inhalte, Funktionalitäten und Services, wird die Rolle von Nussbaum Medien stark verändern. Um diese Zäsur nach innen und außen deutlich zu machen, wird Nussbaum Medien noch im Jahr 2019, und damit im Jahr seines 60. Geburtstags, mit einem neuen Logo am Markt auftreten.



NUSSBAUM

Ab November 2019: Das neue Unternehmenslogo von Nussbaum Medien

Im Logo kommt der Symbolik der „Vernetzung“ in Kombination mit dem Aspekt „Vielfalt“ eine zentrale Bedeutung zu. Im Logo wurde das statische Quadrat durch drei dynamische Kreise ersetzt, die miteinander zu einem flexiblen (nicht geschlossenen) System aus Kreisen verbunden wurden. Das eher technische Blau wurde durch viele weitere Farben ergänzt. Diese stehen für die Vielfalt der sich ständig weiterentwickelnden Lösungsangebote von Nussbaum Medien und für eine stärkere Emotionalisierung von Angeboten und Unternehmensmarke.

Die drei Hauptfarben sind Blau, Orange und Grün. Dabei bildet das Blau die Kontinuität des Stammgeschäfts (Print) ab. Das Orange steht für den Aufbruch in die „Digitale Transformation“ und die Entwicklung neuer digitaler Geschäftsmodelle, das Grün für die Bedeutung der Nachhaltigkeit innerhalb des Wertesystems von Nussbaum Medien. Im neuen Logo wurde auf den Namensbestandteil „Medien“ verzichtet. Um zukünftig voll auf den Familiennamen „Nussbaum“ zu fokussieren, denn das inhabergeführte Medienunternehmen soll auch in Zukunft ein Familienunternehmen bleiben.





Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

in wenigen Tagen, am 9. November, feiern wir den 30. Jahrestag des Mauerfalls. Dieser glückliche Moment in unserer Geschichte kam durch den Mut vieler Menschen zustande. Mutige Frauen und Männer in der ganzen sogenannten DDR haben sich unter großen persönlichen Risiken friedlich erhoben und sind für ihre Freiheit und für die Demokratie eingetreten. Es war auch der Mut der Ungarn, die die grüne Grenze öffneten. Und es war auch der Mut Polens, das gegen die kommunistische Diktatur aufgestanden ist. Eine hoffnungsvolle Botschaft des Mauerfalls ist daher freilich auch: Wir können mit unserem Mut die Dinge zum Guten wenden.

Einen Monat vor dem Mauerfall, am 9. Oktober 1989, wurden mit der friedlichen Revolution die Weichen gestellt für das Ende der SED-Diktatur. Bei jener Montagsdemonstration strömten gut 70.000 Menschen in Leipzig für Freiheit und ein offenes Land aus. Bereits Wochen zuvor hatten sich erst Hunderte, dann Tausende mutige Leipzigerinnen und Leipziger auf die Straßen gewagt. Immer montags und immer für die Freiheit. Am Morgen nach dem 9. Oktober war klar: Die Friedliche Revolution hatte gesiegt. Diese Montagsdemonstrationen für die Freiheit zeigen uns: Aus dem Aufbruch von zunächst wenigen Mutigen war eine große Bewegung geworden, die mit den mächtigen Worten „Wir sind das Volk“ unaufhaltsam zu einer friedlichen Revolution heranwuchs.

Die Wiedervereinigung ist gelebte Veränderung

Ich erinnere mich auch an die weiteren Meilensteine, an wichtige Wegmarken dieser Geschichte zur deutschen Einheit – an das Aufbegehren der Solidarność, den Protest gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR im Jahr 1989, das Paneuropäische Picknick in Sopron, das Ausharren von DDR-Bürgern in der Deutschen Botschaft in Prag. All das, all der Einsatz und der Mut der Bürger hat eine

heute unvorstellbare Grenze zerstört und die Freiheit hatte gesiegt. Allen, die den Herbst 1989 erlebt haben, wird dieser bis an ihr Lebensende unvergessen bleiben.

Auch wenn der Mauerfall und die Wende mittlerweile für mehrere Generationen Daten in Geschichtsbüchern sind, so ist die Wiedervereinigung freilich keine verstaubte Geschichte, sondern gelebte Veränderung.

Was Einigkeit und Recht und Freiheit heute heißt

Für viele Menschen ist es heute – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall – selbstverständlich, dass wir in Frieden und Freiheit, in einem demokratischen Rechtsstaat leben. Diese Er rungenschaft ist jedoch so unendlich kostbar und wertvoll, dass man sie niemals für selbstverständlich nehmen darf. Deshalb ist gerade in diesem Herbst – zum dreißigsten Jahrestag des Mauerfalls – meine Bitte an alle: Nehmen Sie Einigkeit und Recht und Freiheit nicht für selbstverständlich. Leben Sie einen weltoffenen, positiven Patriotismus. Setzen Sie sich aktiv für Demokratie und Zusammenhalt ein und wenden Sie sich gegen diejenigen, die die Grundlagen unseres Zusammenlebens zerstören wollen, indem sie hetzen und Hass säen. Von uns allen hängt es ab, ob und wie gut unsere Demokratie funktioniert. Und vor allem hängt es von uns allen ab, ob und wie gut wir unsere Demokratie auch verteidigen.

Dass unsere Demokratie und Freiheit auch verteidigt werden muss, dass sie den Schutz von uns allen braucht, haben wir leider dieser Tage in Halle miterleben müssen. Dieser widerwärtige und feige Anschlag auf das jüdische Leben bei uns in Deutschland war ein Angriff auf uns alle. Ich bin tief traurig. Antisemitismus, Rassismus und Terror haben in Deutschland keinen Platz. Wir sagen ihnen entschlossen und entschieden den Kampf an.

Seien wir gemeinsam wachsam!

Für mich ist ganz klar: Wir stehen an der Seite der Menschen jüdischen Glaubens in unserem Land, und wir gehen gegen Antisemitismus in

all seinen Erscheinungsformen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent vor. Der Schutz jüdischer Menschen und jüdischer Einrichtungen ist für mich nicht erst seit diesem furchtbaren Ereignis ein Herzensanliegen. Das Innenministerium hat deshalb zum Beispiel im September einen „Fachtag Antisemitismus“ veranstaltet, an dem wir uns in Stuttgart in der jüdischen Gemeinde unter anderem mit Sicherheitsfragen beschäftigt haben. Antisemitismus hat viele Facetten. Die meisten Straftaten kommen aus der rechtsextremistischen Ecke. Aber der Antisemitismus ist nicht nur ein rechtsextremistisches Thema. Wir schauen deshalb in alle Richtungen und bleiben wachsam. Wir verschließen hier vor nichts und niemandem die Augen.

Mit den Worten des von mir geschätzten Philosophen Karl Popper gesagt: *Es gibt eine Paradoxie im Wohlergehen der Menschheit: Das Wohlergehen der Menschheit beruht auf einer wirklichen Wachsamkeit gegen eine Menge Gefahren, aber das Wohlergehen vernichtet auch die Wachsamkeit. Die Freiheit wird leicht zu etwas Selbstverständlichem.* Und deshalb lassen Sie uns auch heute gemeinsam mutig sein und für unsere Werte, für unsere Freiheit, für unsere Demokratie ganz aktiv eintreten. Seien wir gemeinsam wachsam gegen eine Menge Gefahren!

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude und Gewinn beim Lesen der neuen Ausgabe UNION intern!

Herzliche Grüße
Ihr

Minister Thomas Strobl
Landesvorsitzender

Gastartikel von Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Wie erlebte ich den Mauerfall?

Der Moment ist unvergesslich! Am 9. November hatte Rudolf Seiters, der damalige Chef des Kanzleramtes, die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und mich als Bundesinnenminister zu einer Besprechung ins Kanzleramt gebeten. Wir berieten darüber, wie die vielen Übersiedler aus der DDR in der Bundesrepublik untergebracht werden können. Plötzlich erschien Eduard Ackermann, der Leiter der Abteilung Kommunikation im Kanzleramt. Er brachte eine Tickermeldung, eine per Fernschreiben eingegangene Agenturmeldung. Darin hieß es, dass die DDR am Abend die Mauer aufmachen würde. Wir konnten es zunächst nicht glauben, aber die Meldungen waren eindeutig.

Im Bundestag wurden die laufenden Haushaltsberatungen unterbrochen. Da Helmut Kohl zu einem offiziellen Besuch in Warschau weilte, gab der Chef des Kanzleramtes Rudolf Seiters im Plenum eine kurze Erklärung ab, danach die Vorsitzenden der drei Fraktionen: Alfred Dregger, Hans-Jochen Vogel und Wolfgang Mischnick. Spontan erhoben sich danach zunächst drei Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – Hermann Josef Unland aus Nordrhein-Westfalen, Ernst Hingen von der CSU und der kürzlich verstorbene Franz Sauter aus Rottweil – und stimmten das Deutschlandlied an. Die meisten Abgeordneten stimmten mit ein, andere auf der linken Seite des Hauses von Grünen und Teilen der SPD verließen unter Protest die Sitzung. Viele Abgeordnete hatten Tränen der Rührung in den Augen.

Den Rest des Abends verbrachten wir vor den Fernsehapparaten, um das Unglaubliche in Berlin zu verfolgen. In allem Jubel war aber auch die Sorge verbreitet, wie es denn weitergehen könnte – ob die Sicherheitsorgane der DDR wirklich stillhalten würden, von der Reaktion der dort stationierten sowjetischen Soldaten ganz zu schweigen. Dass es eine „Friedliche Revolution“ bleiben würde, wusste damals noch niemand.

Im Rückblick fügen sich viele einzelne Entwicklungen zusammen, die schließlich zum Mauerfall führten: Die Wahl des polnischen

Papstes 1978, Lech Walesas Triumph mit dem Runden Tisch in Polen, Michail Gorbatschows Reformkurs in der Sowjetunion, die Grenzöffnung in Ungarn und – nicht zuletzt – die erstarkte Opposition im damaligen Ost-

„Der markante Höhepunkt in einer langen Entwicklung, an der viele mutige Menschen aus der DDR teilhatten“

block, auch in der DDR. Nach den gefälschten Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 hatten sich immer mehr DDR-Bürger getraut, ihren Unmut offen zu zeigen, und Reformen gefordert. Eine wachsende Zahl stellte einen Ausreiseantrag und wollte ihre Heimat Richtung Westen verlassen. Die Abstimmung mit den Füßen brachte die SED-Spitze mindestens ebenso stark in Bedrängnis wie die Rufe nach Veränderung. Ihr Staat war politisch und wirtschaftlich bankrott.

Vernon Walters, der damalige amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, war einer der wenigen, der die Zeichen des Verfalls richtig gedeutet hatte: Bereits im Frühjahr 1989 hatte er prophezeit, in seiner Amtszeit als Botschafter in Bonn käme die Wiedervereinigung – eine gewagte These, die von einer amerikanischen Zeitung auch gleich zum Aufmacher gemacht wurde. Ich hatte ihn zurückgefragt, wie lange er denn in Deutschland auf Posten sein werde? Er sagte: drei Jahre. Wie vielen anderen damals schien auch mir diese Vorhersage kühn. Aber dann ging alles doch viel schneller.

In der Bundesregierung hatten wir die Veränderungen in der DDR natürlich aufmerksam verfolgt. Und wir waren besorgt über die Zuspitzung der Lage. Angesichts der Möglichkeit, dass der SED-Staat die „chinesische

Lösung“ versuchen könnte, also eine gewaltsame Niederschlagung der Freiheitsbewegung wie im Juni in Peking, übten wir uns in Zurückhaltung. Die Bundesregierung bemühte sich, die Lage nicht weiter eskalieren zu lassen. Helmut Kohl zeichnete sich in dieser Phase durch Augenmaß und Umsicht aus. Er spürte die moralische Verpflichtung, den Flüchtlingen zu helfen. Als die Zahl der Ausreisewilligen im Sommer 1989 weiter stieg, drängte Kohl auf eine Lösung.

In seinem Urlaub am Wolfgangsee verfasste er einen Brief an Erich Honecker, in dem er offen die Motive der überwiegend jungen Ausreisewilligen aufzählte, die in der DDR für sich keine Perspektive mehr sehen würden. „Dies zu ändern liegt ausschließlich in der Verantwortung der Deutschen Demokratischen Republik“, schrieb Kohl – wohl wissend, dass Honecker diese Bemerkung als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“, also als übergriffig empfinden würde.

Der SED-Generalsekretär hatte stets betont, dass die Bundesregierung nicht für Bürger der DDR zuständig sei, und auf der Souveränität beider deutscher Staaten bestanden. Kohls Versuch, mit Honecker zu telefonieren, war gescheitert, der Staats- und Parteichef war „aus gesundheitlichen Gründen“ nicht zu erreichen.

Unterdessen nahmen immer mehr DDR-Bürger „Urlaubsreisen“ nach Ungarn, die bundesdeutsche Botschaft in Budapest war längst überfüllt – schließlich waren auch die Vertretungen in Warschau und Prag besetzt. Der berühmte Auftritt von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters auf dem Balkon der Prager Botschaft, der Jubel mehrerer tausend Menschen über die Ausreiseerlaubnis, die gespenstische Fahrt der verschlossenen Züge mit Flüchtlingen durch die DDR – auch dies sind Facetten der Erinnerung an das Jahr 1989.

Ein weiteres untrügliches Zeichen des Machtverfalls des Regimes in Ost-Berlin waren die Massenverhaftungen rund um die Feierlich-



keiten zum 40. Republikgeburtstag: Während die Partei- und Staatsführung im Beisein des sichtlich irritierten Gorbatschow im Palast der Republik die Wirklichkeit ausblendete und feierte, skandierten DDR-Bürger auf den Straßen in Ost-Berlin Rufe nach Reformen. Die Staatssicherheit hatte den Protestzug abgedrängt und war rabiat gegen friedliche Demonstranten vorgegangen. All das in Rechnung gestellt, war der Mauerfall nur der markante Höhepunkt in einer langen Entwicklung, an der viele mutige Menschen aus der DDR teilhatten.

Historisch betrachtet sind der Mauerfall 1989 und das folgende knappe Jahr bis zur Wiedervereinigung die glücklichste Entwicklung in der jüngeren deutschen Geschichte. Auch für mich persönlich gehören diese Monate zu den außergewöhnlichsten und beglückendsten Erfahrungen meines politischen Lebens.



Dr. Wolfgang Schäuble ist seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestags und damit der dienstälteste Bundestagsabgeordnete. Von 1984 bis 1991 und von 2005 bis 2017 gehörte er der Bundesregierung an, dazwischen war er von 1991 bis 2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zum Zeitpunkt des Mauerfalls 1989 war Schäuble Bundesminister des Innern und in dieser Funktion in der Folge Verhandlungsführer zum Einigungsvertrag zur Auflösung der DDR. Seit 2017 ist der promovierte Jurist Präsident des Deutschen Bundestages.

Hintergrund

Der Abend des 9. November 1989

9. November 1989, 16.00 Uhr

Auf einer Tagung des SED-Zentralkomitees stellt der SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz einen Entwurf zur Reiseregelung vor.

9. November 1989, 17.30 Uhr

Egon Krenz übergibt die Beschlussvorlage zum Reiseregelungs-Entwurf einschließlich Pressemitteilung an den Sprecher des SED-Zentralkomitees Günter Schabowski.

9. November 1989, 18.53 Uhr

Günter Schabowski gibt auf einer Pressekonferenz die neue Reiseregelung bekannt. Obwohl diese erst für den nächsten Tag vorgesehen war, beantwortet er die Frage eines Journalisten nach dem Inkrafttreten mit „Ab sofort, unverzüglich“.

9. November 1989, 19.05 Uhr

Presseagenturen verbreiten die Nachricht.

9. November 1989, 20.15 Uhr

Die Tagesschau meldet die Öffnung der Grenze. Im Deutschen Bundestag finden sich die Abgeordneten zusammen; als die Sitzung unterbrochen ist, stimmen einige der Abgeordneten die Nationalhymne an.

9. November 1989, 21.30 Uhr

Obwohl die Ausreise erst für den nächsten Tag und nur auf Antrag vorgesehen war, sammeln sich durch die Falschmeldung die Menschen auf den Straßen. Die Staatssicherheit setzt auf eine „Ventillösung“, will also einzelne durchlassen.

9. November 1989, 21.30 Uhr

Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich auf einem mehrtägigen Staatsbesuch in Polen befindet, erfährt im Anschluss an ein Staatsbankett in Warschau von den Ereignissen in Berlin.

9. November 1989, 22.00 Uhr

Egon Krenz, der mit dem Rest der Staatsspitze den Tag bei einer Sitzung des SED-Zentralkomitees verbracht und von den Ereignissen nichts mitbekommen hatte, wird von Erich Mielke über die Lage an der Grenze informiert. Er entscheidet, die Grenze nicht mit militärischer Gewalt wieder zu schließen, sondern „den Dingen freien Lauf zu lassen“.

9. November 1989, 23.30 Uhr

In Folge der „Ventillösung“ kommen noch mehr Menschen nach und erhöhen den Druck auf die Grenze, bis Mitternacht öffnen sich alle Grenzübergänge.

10. November 1989

In der Nacht diskutiert die NVA alle Handlungsvarianten und ruft um 0.20 Uhr „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ aus. Da weitere Befehle ausbleiben, stellen die Kommandeure die Maßnahmen auf eigene Verantwortung ein. Zwischen 1.00 Uhr und 2.00 Uhr überwinden tausende von West- und Ost-Berlinern die Mauer am Brandenburger Tor und spazieren über den Pariser Platz und durch das Tor. Am ganzen Tag lässt der Ansturm auf die Grenze nicht nach. Die DDR-Führung steht dem hilflos und resigniert gegenüber.

„Landwirtschaft und Artenschutz zusammen denken“

Herr Minister Hauk, das Volksbegehren Pro Biene wird durch die Initiatoren nicht weiter beworben, wie ist dieser Durchbruch gelungen?

Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ hatte in den letzten Wochen für viel Diskussion und Verunsicherung unter den Landwirten gesorgt. Die Zukunft unserer regionalen bäuerlichen Landwirtschaft stand auf dem Spiel. Deshalb haben wir mit Hochdruck daran geschafft, Eckpunkte zu erarbeiten, die eine Weiterentwicklung darstellen und die für alle – Befürworter des Volksbegehrens und Landwirte – die Möglichkeit bieten, sich dahinter zu versammeln. Ich freue mich, dass wir nun mit Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion die Eckpunkte zusammen mit allen Betroffenen diskutieren, um die Ausformulierung der einzelnen Themen vorzunehmen.

Was sind die wichtigsten Forderungen des Eckpunktepapiers?

Es geht vor allem darum, die Landwirte nicht mit noch mehr Geboten und Verboten zu belasten. Für unsere Bauern ist es heute schon schwer genug. Wer aber für die bäuerliche Landwirtschaft steht, der muss ihr auch die Möglichkeit geben, zu wirtschaften und damit Geld zu verdienen. Unsere heimische Landwirtschaft braucht unseren Rückhalt und nicht noch mehr Auflagen und schon gar kein Misstrauen. Wichtig ist, dass alle Maßnahmen mit der Landwirtschaft und vor allem durch die Unterstützung und damit durch Geld des Landes umgesetzt werden. Wir wollen mit den Eckpunkten den Fokus auch darauf lenken, dass Jeder und Jede seinen Teil zum Schutz der Arten beitragen muss. Deshalb sind ganz bewusst auch Maßnahmen außerhalb der Landwirtschaft aufgenommen.

Die entscheidenden Punkte, die wir im Eckpunkt Papier aufgenommen haben, sind:

- Ausbau des ökologischen Landbaus auf 30 bis 40 Prozent bis zum Jahre 2030, entlang der Nachfrage
- Die Pflege und die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen wird gestärkt
- Keine chemisch-synthetischen Pflanzen-

schutzmittel in Privatgärten

- Kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten ab 2022
- Verbindliche Einführung des Integrierten Pflanzenschutzes (IP) in Schutzgebieten.
- Die Reduktion chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 40 bis 50 Prozent in der Menge landesweit bis zum Jahre 2030
- Eindämmung Lichtverschmutzung
- Einrichtung eines Dialogforums Landwirtschaft und Naturschutz

*„Unsere heimische
Landwirtschaft
braucht unseren Rückhalt
und nicht noch mehr
Auflagen und schon
gar kein Misstrauen.“*

Wo sind die Unterschiede zum bisherigen Gesetzentwurf von Pro Biene?

Das Eckpunkt Papier ist ambitioniert, aber es beruht auf Fakten, die realisierbar sind und die Landwirtschaft und Arten schützen. Ziel der Eckpunkte ist es, die Landwirtschaft mitzunehmen und nicht zu überfordern. Deshalb war es für uns zentral, das geplante Kompletterbot von Pflanzenschutzmitteln (ökologisch und konventionell) in allen Schutzgebieten zu verhindern, um die Zukunft erheblicher Teile unserer heimischen Landwirtschaft nicht zu gefährden.

Es wurde reduziert auf ein Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten und durch differenzierte Regelungen, wie der verbindlichen Einführung des Integrierten Pflanzenschutzes, ersetzt.

Das heißt auch künftig: z.B. Äpfel vom Bodensee, Weinbau am Kaiserstuhl, Zwetschgen aus Bühl.

Das Ziel den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 40 bis 50 Prozent in der Menge landesweit bis zum Jahre 2030 zu erreichen ist ambitioniert, wie soll das gelingen?

Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit der Landwirtschaft erreichen, aber wir brauchen auch ambitionierte Ziele, wenn wir auch etwas für den Artenschutz tun wollen. Ich bin überzeugt, dass wir – Bauern und Artenschutz im Gleichklang – diese Herausforderung lösen, aber pragmatischer, als dies das Volksbegehren vorsah.

Über 1,4 Millionen Hektar in Baden-Württemberg werden landwirtschaftlich genutzt. Diese Fläche müssen wir erhalten, deshalb wird die Landesregierung die Agrarinvestitionsförderung, die Förderung des ökologischen Landbaus, die Agrarumweltförderung insbesondere über FAKT und die Landschaftspflegegerichtlinie entsprechend ausgestalten.

Wir werden neben den Vorgaben des Integrierten Pflanzenschutzes, die schon bisher von der staatlichen Beratung empfohlen werden, die Behörden insbesondere den Bewirtschaftern innerhalb dieser Gebiete passgenaue Fördermaßnahmen und zusätzliche freiwillige Angebote unterbreiten und die Beratung der Betriebe in diesen Gebieten prioritätär umsetzen. Darüber hinaus müssen wir die Digitalisierung und die Forschung alternativer Methoden beim Pflanzenschutz ausbauen und noch intensiver fördern.

Auch der Ausbau des ökologischen Landbaus auf 30 bis 40 Prozent bis zum Jahre 2030 ist eine klare Ansage, wie soll das gehen?

Das Land geht mit gutem Beispiel voran und strebt an, seine Landesbetriebe auf die Grundsätze des ökologischen Landbaus umzustellen. In Baden-Württemberg wird aktuell auf 14 Prozent der landwirtschaftlich genutzt



ten Flächen ökologischer Landbau betrieben. Wir streben an, den Anteil des ökologischen Landbaus insbesondere über das Agrarumweltprogramm FAKT auszubauen.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Umstellung aus Sicht des Einzelbetriebs und damit auch des Landes ist, dass die mit der Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung verbundenen Kostensteigerungen (z. B. Investitionskosten, Arbeitsaufwand) und Ertrags-einbußen über höhere Preise, die die Öko-Produkte am Markt erzielen, ausgeglichen werden.

Entscheidend ist aber, dass der Zuwachs an Ökoproduktion mit dem Zuwachs der Nachfrage korrespondieren muss. Eine Schlüsselrolle in der weiteren Entwicklung des ökologischen Landbaus kommt daher auch der Vermarktung der Öko-Erzeugnisse zu.

Klar ist: Kein Betrieb muss gegen seinen Willen den Betrieb auf ökologischen Landbau umstellen. Das wäre beim Volksbegehren schwierig geworden, dort gab es die Verbindung zum Markt nicht.

Werden Streuobstbestände künftig unter Schutz gestellt?

Baden-Württemberg ist das Land der Streuobstwiesen und Stücklesbesitzer. Streuobstweisen sind ein Kulturgut, das wir schützen und bewahren müssen, denn sie sind für viele Tier- und Pflanzenarten ein wichtiger Lebensraum, deshalb müssen wir sie weiter stärken.

Das Eckpunktepapier geht in Teilen über die Forderungen des Volksbegehrens hinaus, wo genau?

Für den Artenschwund sind wir alle verantwortlich, deshalb muss auch jeder etwas tun. Der Anteil der in Privatgärten genutzten chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln macht einen nicht unerheblichen Anteil aller genutzten Pflanzenschutzmittel aus. Hier müssen wir ansetzen.

Auch im öffentlichen Bereich muss mehr

getan werden. Mindestens 20 Prozent der Rasenflächen der Staatlichen Vermögensverwaltung sollen in ökologisch hochwertige Blühflächen und wirksame Lebensräume umgewandelt werden. Und wir müssen die Lichtverschmutzung eindämmen, sie trägt in großem Maße zum Sterben der Arten in den Städten bei.

Wie ist ihr Resümee zu den nun vorliegenden Eckpunkten und wie geht es weiter?

„Für den Artenschwund sind wir alle verantwortlich, deshalb muss auch jeder etwas tun.“

Ich glaube, mit dem nun vorliegenden Angebot können wir einen historischen Schritt nach vorne machen, für die Landwirtschaft, den Artenschutz und den Verbraucher. Es kann uns gelingen, biologische und konventionelle Landwirtschaft zu Partnern zu machen. Es kann gelingen, die häufig dargestellten Gräben zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu schließen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg zum Vorbild einer modernen regionalen Landwirtschaft wird, die nicht nur gute Produkte anbaut, sondern auch als Garant für den Artenschutz im Land steht. Alle Bürger müssen zu Artenschützern werden und in ihrem Umfeld Maßnahmen ergreifen, die Käfern und Bienen dienen.

Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung. Alle Teile der Gesellschaft – Akteure, Entscheidungsträger, Handel und jeder

einzelne Bürger, insbesondere in der Verantwortung als Verbraucher – müssen sich der anstehenden Herausforderungen bewusstwerden und zur Lösung beitragen. Der öffentlichen Hand kommt dabei eine besondere Vorbildfunktion zu.

Wir brauchen einen breiten Konsens zwischen den Verbänden, deshalb laden wir zeitnah zu einem Runden Tisch ein, um die Ausgestaltung der Eckpunkte gemeinsam zu beraten. Darüber hinaus soll der angestoßene Dialog fortgesetzt werden. Deshalb richten wir ein Dialogforum Landwirtschaft und Naturschutz ein.

Wichtig ist, dass nun alle den erreichten konstruktiven Prozess unterstützen und wir gemeinsam weiterarbeiten. Die Bewerbung für das Volksbegehren ist gestoppt, unterschreiben kann man aber dennoch. Deshalb sollten nun alle für den neuen Weg werben und im Freundeskreis, in der Familie und in ihrem Umfeld davon überzeugen, nicht für das Volksbegehren zu unterschreiben.



Peter Hauk MdL ist seit 2016 Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg; davor war er bereits von 2005 bis 2010 Minister für Ernährung und Ländlichen Raum; von 2010 bis 2015 war er Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Seit 2013 ist Hauk zudem Vorsitzender der CDU Nordbaden.

Persönlich

Drei Fragen an...

Philipp Müller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg

Herr Müller, Sie sind nun seit 1. Oktober Landesgeschäftsführer. Haben Sie sich schon gut eingelebt?

Angeworben bin ich in der Tat und auch die Eingewöhnung macht große Fortschritte. Die Kolleginnen und Kollegen der Landesgeschäftsstelle unterstützen mich dabei sehr, das ist ein tolles Team. Nun freue ich mich, auch unsere Mandats- und Funktionsträger sowie viele Mitglieder kennen zu lernen.

Was macht aus Ihrer Sicht die CDU Baden-Württemberg aus?

Keine Partei ist in der Fläche derart präsent wie unsere Union. Die CDU ist in den Kommunen, im Land

und in Berlin eine wichtige Stimme. Aber gerade im für Baden-Württemberg so wichtigen vorpolitischen Raum, in den Vereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr und in Bürgerinitiativen liegt unsere Stärke. Mich fasziniert die Mischung aus der langjährigen staatspolitischen Verantwortung und dem Ehrgeiz, Angebote für die Zukunft Baden-Württembergs zu machen.

Auf was wollen Sie in Ihrer Tätigkeit ein besonderes Augenmerk legen?

Wir wollen weiterhin Dienstleister für die Partei und ihre Verbände sein. Dies gilt besonders mit Blick auf den Wahlkampf 2021: Gemeinsam wollen wir weiter an unserer Kampagnenfähigkeit in der analogen aber vor allem der digitalen Welt arbeiten.

*„Wir wollen weiterhin
Dienstleister für die Partei
und ihre Verbände sein.“*



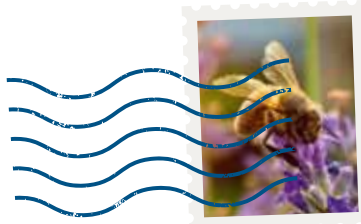
Philipp Müller ist seit 1. Oktober Landesgeschäftsführer der CDU. Davor arbeitete der 33-Jährige als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands sowie in verschiedenen Funktionen für die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Postkarte von...

Oliver Zander, Landesvorsitzender der MIT

Liebe Freundinnen und Freunde der CDU,
lassen Sie uns beim ganzen Klimahype nicht
eine unserer wichtigsten Kernkompetenzen
vernachlässigen! Unsere Wirtschaftskompetenz.
Wir sind in großer Sorge, dass Vieles was
jetzt im Schnellverfahren beschlossen wird
vom Mittelstand ausgebadet werden muss!
Wir sind der Meinung, dass wir die nächsten
Wahlen nicht gewinnen werden, wenn wir
versuchen grüner als die Grünen zu werden!
Unterstützen Sie den Mittelstand und werden
Sie Mitglied in der MIT!

Herzliche Grüße Ihr



CDU Baden-Württemberg
– UNION intern –
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
DEUTSCHLAND



Oliver Zander ist seit 2018 Vorsitzender der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU Baden-Württemberg und seit 2019 deren stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er CDU-Vorsitzender in Leonberg und dort seit 2014 im Gemeinderat.

Grußwort des Kreisvorsitzenden

Pflicht, keine Kür!

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,*

zuerst möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung im Amt des Kreisvorsitzenden in den vergangenen Jahrzehnten sehr herzlich bedanken. Besonders danke ich den Mitarbeitern. Dieses Amt und zuvor das des Stellvertreters habe ich immer als eine Pflichtaufgabe verstanden, auch nach persönlichen Rückschlägen, die im Verlauf von 30 Jahren in der Spitze der Kreispartei nicht ausgeblieben sind. Der Kreisverband ist die erste Klammer in der Hierarchie und für das Funktionieren der Partei die Wichtigste. Seine Arbeitsfähigkeit zu sichern und solides Wirtschaften stand für mich im Vordergrund. Präsenz zeigen bei den Parteigliederungen wie in der Öffentlichkeit, den Abgeordneten den Rücken freihalten und das Zusammenwachsen des Kreisverbands zu befördern gehört dazu.

Meine Devise war es, den Wahlkreisabgeordneten Herbert Werner, Heinz Seiffert, Annette Schavan und Ronja Kemmer im Bundestag und den Landtagsabgeordneten Ventur Schöttle, Karl Göbel, Karl Traub, Dr. Monika Stolz und Manuel Hagel das politische Feld zur Gänze zu überlassen. Und ich sah es auch nicht als meine Aufgabe, mich in die Befugnisse unserer kommunalpolitischen Verantwortlichen einmischen.



Mit der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden 1989 rückte Paul Glökler nebern Hermann Eberhard, Doris Dillenz und Karin Jeltsch in die Führungsriege des Kreisverbands auf.

Ich bin stolz darauf, dass unser Kreis weiterhin zu den mitgliederstärksten des Landesverbands gehört, es uns gelungen ist, die Geschäftsstelle in eigenen Räumen unterzubringen und wir regelmäßig Großveranstaltungen mit der politischen Prominenz von Kohl und Waigel bis Merkel und Kramp-Karrenbauer erfolgreich durchgeführt haben.

Mit thematischen Parteitagen, zuletzt zu TTIP und Neuer Mobilität, haben wir politische Punkte gesetzt. Ich würde mich freuen, wenn der CDU Kreisverband unter seiner neuen Führung diesen Weg weiterginge und wünsche uns allen viel Erfolg..

Ihr

Paul Glökler

Industriepoint.com GmbH

3M Händler für Industrie, Handwerk & Instandhaltung

Erlenweg 18/1 • 88400 Biberach • Telefon 0 73 51/4 44 24 50

JAMES & NICHOLSON

BLÅKLÄDER
WORKWEAR

Klimaschutzprogramm 2030

Der Klimawandel ist eine große globale Herausforderung. Deutschland trägt als eine führende Industrienation eine besondere Verantwortung. Dabei geht es um die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, um unsere gemeinsame Zukunft und die unserer Kinder. Das Klimaschutzprogramm 2030, das nun das Bundeskabinett beschlossen hat, legt einen konkreten Pfad dafür fest. Diesen Plan wollen wir wirtschaftlich nachhaltig und sozial ausgewogen umsetzen. Mit einer Bepreisung des klimaschädlichen CO₂, Fördermaßnahmen und gesetzlichen Standards für mehr Innovationen und Investitionen wollen wir Deutschlands Klimaschutzziel 2030 erreichen: 55 Prozent Treibhausgase weniger im Vergleich zum Jahr 1990.

Dabei ist klar: Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Neue Anforderungen werden wir fair verteilen. Wer sich klimafreundlich verhält, wird unterstützt. Wir setzen auf Anreize, CO₂ einzusparen und fördern technologische Lösungen. Klimaschutz geht jeden an, aber niemand soll überfordert werden. Klimaschutz ist eine gemeinsame Kraftanstrengung, gleichzeitig stärkt es Deutschland als innovativen Wirtschaftsstandort.

Die Elemente des Klimaschutzprogramms 2030 im Einzelnen:

CO₂-Bepreisung: Herzstück des Klimaschutzprogramms ist die neue CO₂-Bepreisung für Verkehr und Wärme ab 2021. So wie es im Rahmen des europäischen Emissionshandels bereits für die Energiewirtschaft und die energieintensive Industrie gilt, wird CO₂ nun auch in den Bereichen Verkehr und Gebäude einen Preis bekommen. Das ist – so auch die einhellige Meinung der Wissenschaft – der volkswirtschaftlich kosteneffizienteste Weg, um Emissionen zu reduzieren und die Klimaziele zu erreichen. Wir werden die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in Klimaschutzmaßnahmen reinvestieren oder an die Bürgerinnen und Bürger in Form von Entlastungen an anderer Stelle und Fördermaßnahmen zurückgeben. Das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) startet 2021 mit einem Festpreissystem, das heißt, der Preis pro Tonne CO₂ ist fix und vorab festgelegt. Dabei werden Zertifikate an die Unternehmen, die Heiz- und Kraftstoffe in Verkehr bringen, verkauft. Die Kosten für die Zertifikate trägt dann der Brenn- und Kraftstoffhandel: Wenn Unternehmen Heizöl, Flüssiggas, Erdgas, Kohle, Benzin oder Diesel verkaufen, benöti-

gen sie für jede Tonne CO₂, die die Stoffe im Verbrauch verursachen werden, ein Zertifikat als Verschmutzungsrecht. Der Festpreis startet laut derzeitiger Planung mit 10 Euro pro Tonne und steigt bis zum Jahr 2025 auf einen Festpreis von 35 Euro pro Tonne CO₂. Ab 2026 bildet sich der Preis am Markt, solange er sich zwischen einem festgelegten Mindest- und Höchstpreis bewegt. Die Gesamtmenge an Zertifikaten, die deutschlandweit ausgegeben wird, entspricht dann den Erfordernissen der deutschen und europäischen Klimaziele.

Förderprogramme: das Klimaschutzprogramm 2030 sorgt mit seinen Förderprogrammen dafür, dass jede und jeder mit den neuen Gegebenheiten zurechtkommt. Dazu gehört etwa die Möglichkeit, energetische Gebäudesanierungen steuerlich abzuschreiben. Das Programm sieht auch eine hohe Förderquote von 40 Prozent für den Austausch von Ölheizungen gegen neue, klimafreundlichere Heizanlagen vor. Für einen Umstieg auf Elektro-Fahrzeuge wird die Umweltprämie fortgesetzt. Wir unterstützen die Wirtschaft mit Förderprogrammen für die Entwicklung energieeffizienter Technologien. Das Klimaschutzprogramm enthält gerade für die erste Zeit stärkere Fördermaßnahmen, um möglichst viele Menschen zum klimafreundlichen Wohnen und klimafreundlicher Mobilität zu motivieren, bevor in diesen Bereichen in einem zweiten Schritt die CO₂-Bepreisung greift. So werden die 2020er Jahre das Jahrzehnt der Umsetzung von Energie- und Mobilitätswende.

Entlastung für Bürgerinnen und Bürgern: mittelfristig werden die Stromkosten als Gegengewicht zur neuen CO₂-Bepreisung gesenkt – steigen also die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung, wird der Strompreis weiter gesenkt. Berufspendler erhalten ab 2021 eine höhere Pauschale, abhängig von der Entfernung, die sie zurücklegen. Sie bekommen dann 35 Cent ab Kilometer 21. Die Regelung läuft Ende 2026 aus. Das bedeutet: Wer mehr Energie benötigt, weil er längere Wege hat, wird auch stärker entlastet. Menschen, die Wohngeld beziehen, sollen außerdem von steigenden Energiepreisen verschont werden. Um soziale Härten zu vermeiden, erhöht die Bundesregierung das Wohngeld um zehn Prozent. Entlastungen wird es auch bei öffentlichen Verkehrsmitteln geben: Wer längere Strecken mit dem Zug fährt, tut dies zukünftig günstiger durch eine von 19 auf 7 Prozent reduzierte Mehrwertsteuer.

Bauen und Wohnen: 14 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland (120 Millionen Tonnen) kommen aus dem Gebäudesektor. Im Jahr 2030 dürfen es in diesem Bereich nur noch 72 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr sein. Mit einem Mix aus verstärkter Förderung, CO₂-Bepreisung sowie durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wollen wir Bauen und Wohnen in Deutschland klimafreundlicher machen.

Energetische Sanierung steuerlich fördern: Energetische Sanierungsmaßnahmen wie der Heizungswechsel, der Einbau neuer Fenster, die Dämmung von Dächern und Außenwänden sollen ab 2020 steuerlich gefördert werden. Dabei profitieren Gebäudebesitzer aller Einkommensklassen gleichermaßen durch einen Steuerabzug. Die Fördersätze der bestehenden KfW-Förderprogramme werden um 10 Prozent erhöht.

Heizanlagen erneuern: es lohnt sich, in den kommenden Jahren von alten Öl- und Gasheizungen auf klimafreundliche Anlagen oder direkt auf erneuerbare Wärme umzusteigen. Um die Austauschrate von Ölheizungen zu erhöhen, wird es eine "Austauschprämie" mit einer 40-prozentigen Förderung geben. Ab 2026 soll in Gebäuden, in denen eine klimafreundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von Ölheizungen nicht mehr erlaubt sein.

Verkehr: im Vergleich zu 1990 müssen sich die Emissionen im Verkehr bis 2030 um 40 bis 42 Prozent verringern. Mit einem Paket aus Förderung der Elektromobilität, Stärkung der Bahn und CO₂-Bepreisung soll das erreicht werden.

Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur für die Elektromobilität: in Deutschland sollen bis 2030 insgesamt eine Million Ladepunkte zur Verfügung stehen. Der Bund fördert den Aufbau von öffentlichen Ladesäulen bis 2025 und legt einen Masterplan Ladesäuleninfrastruktur vor. Die Bundesregierung wird verbindlich regeln, dass an allen Tankstellen in Deutschland auch Ladepunkte angeboten und auf Kundenparkplätzen eingerichtet werden. Die meisten Ladevorgänge werden jedoch zuhause oder am Arbeitsplatz stattfinden. Daher wird private und gewerbliche Ladeinfrastruktur ebenfalls durch eine Kaufprämie gefördert. Im Wohneigentumsgesetz (WEG) und im Mietrecht werden die Vorschriften für die Errichtung von Ladeinfrastruktur vereinfacht. Vermieter werden verpflichtet, die Installation von Ladeinfrastruktur zu dulden.

Förderung des Umstiegs auf Elektrofahrzeuge: die Kaufprämie für Pkw mit Elektro-, Hybrid- und Brennstoffzellenantrieb wird verlängert und für Autos unter 40 000 Euro angehoben. Das Ziel lautet: Bis 2030 sollen 7 bis 10 Millionen Elektrofahrzeuge in Deutschland zugelassen sein. Bei der Erstzulassung und der Umrüstung sind Elektrofahrzeuge zunächst von der Steuer befreit. Diese Regelung wird bis zum 31. Dezember 2025 verlängert. Auch E-Dienstwagen werden weiterhin steuerlich gefördert, reine Elektrofahrzeuge (bis zu einem Preis von 40 000 Euro) sind besonders begünstigt.

Attraktiverer Öffentlicher Nahverkehr: die Bundesmittel für den ÖPNV werden auf eine Milliarde Euro jährlich ab 2021 erhöht. Damit soll das Nahverkehrsnetz ausgebaut werden. Ab 2025 werden diese Mittel 2 Milliarden Euro jährlich betragen. So sollen zum Beispiel Busflotten mit elektrischen, wasserstoffbasierten und Biogas-Antrieben gefördert werden.

Investitionen in die Bahn: bis 2030 investieren der Bund und die Deutsche Bahn 86 Milliarden Euro in das Schienennetz. Auch der Güterverkehr wird von dieser Modernisierung profitieren. Dadurch bringen wir mehr Güter auf die Schiene. Die Bahn wird von 2020 bis 2030 jährlich eine Mrd. € für Modernisierung, Ausbau und Elektrifizierung des Schienennetzes erhalten.

Bahnfahren billiger, Kurzstreckenflüge teurer: die Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten im Fernverkehr wird auf den ermäßigten Mehr-

wertsteuersatz von sieben Prozent gesenkt. Im Flugverkehr erhöht die Bundesregierung die Luftverkehrsabgabe ab dem 01.01.2020 und verhindert Dumpingpreise.

Konsequent CO₂-bezogene Reform der Kfz-Steuer: die Kfz-Steuer wird stärker an den CO₂-Emissionen ausgerichtet. Für Neuzulassungen ab dem 1. 1. 2021 wird die Bemessungsgrundlage der Steuer hauptsächlich auf die CO₂-Emissionen pro km bezogen und oberhalb 95 gCO₂/km schrittweise erhöht.

Landwirtschaft: der Landwirtschaftssektor darf im Jahr 2030 noch höchstens 58 bis 61 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren. Bestehende Instrumente senken die Emissionen für das Jahr 2030 auf rund 67 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Deutschlands Landwirtschaft soll durch einen Maßnahmen-Mix klimafreundlicher werden: Weniger Stickstoffüberschüsse; Mehr Ökolandbau; Weniger Emissionen in der Tierhaltung; Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und Holzverwendung; Weniger Lebensmittelabfälle.

Industrie: die Industrie muss ihre Emissionen bis 2030 um rund die Hälfte (im Vergleich zu 1990) mindern. Bis 2016 hat sie bereits eine erhebliche Reduktion erreicht. Fördermaßnahmen für Energie- und Ressourceneffizienz und den erneuerbaren Energien-Ausbau sollen weitere CO₂-Einsparungen erreichen.

Investitionsprogramm – Energieeffizienz und Prozesswärme aus erneuerbaren Energien in der Wirtschaft: das Programm bündelt fünf bestehende Förderprogramme und entwi-

ckelt sie weiter. So können Unternehmen Aufwand einsparen und vom "One-Stop-Shop" profitieren. Das Programm fördert vor allem Investitionen energiesparende Produktion.

Nationales Dekarbonisierungsprogramm: das Förderprogramm unterstützt die Entwicklung von klimafreundlichen Produktionsprozessen in der emissionsintensiven Industrie (zum Beispiel Stahl, Aluminium).

Energiewirtschaft: im Energiesektor sollen die Emissionen bis 2030 auf 175 bis 183 Millionen Tonnen CO₂ sinken. Hier gibt es schon seit Jahren erhebliche Einsparungen. Mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kohle, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz schreiben wir diese positive Entwicklung fort.

Schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung: nach den Empfehlungen der Kommission "Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung" sollen Kohlekraftwerke bis 2030 nur noch 17 Gigawatt Strom produzieren. Bis spätestens 2038 soll es keinen Strom aus Kohle mehr geben. Die Bundesregierung hat das Strukturstärkungsgesetz für die Kohleregionen vorgelegt und wird bis November den Ausstieg aus der Kohleverstromung im Kabinett beschließen. Das Sofortprogramm für die

Fortsetzung auf Seite 12



Im September konnte ich erneut eine große Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Deutschen Bundestag begrüßen.
Foto: Bundesregierung, Volker Schneider

ARCHITEKTUR

PLANUNG
BAULEITUNG

FREIE ARCHITEKTIN
MONIKA VESER
OCHSENWEG 4
89597 MUNDERKINGEN
TEL 07393-91100
FAX 07393-91101

Aus dem Deutschen Bundestag



Die Landesgruppe hat bei ihrer Klausurtagung in Heilbronn unter meiner Moderation mit unserem Landesvorsitzenden und stv. Ministerpräsidenten Thomas Strobl diskutiert.



Auch unsere Spitzenkandidatin für 2021, Kulturministerin Susanne Eisenmann, war bei der Landesgruppe zu Gast. Fotos: Jan Tieslesch

Fortsetzung auf Seite 11

Braunkohleregionen ist ein erster Schritt, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten.

Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien auf 65 Prozent: der weitere zielstrebige, effiziente, netzsynchrone und marktorientierte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein entscheidender Baustein zur Erreichung der Klimaziele. Die Bundesregierung hat das Ziel, im Jahr 2030 einen Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von 65% zu erreichen. Neue Abstandsregelungen sollen die Akzeptanz für die Windkraft ebenso erhöhen wie neue finanzielle Vorteile für Kommunen, in denen Windräder gebaut werden. Das Ziel für den Ausbau der Windenergie auf See wird auf 20 Gigawatt im Jahr 2030 angehoben. Der derzeit noch bestehende Deckel von 52 Gigawatt für die Förderung des Ausbaus von Photovoltaik-Anlagen wird aufgehoben.

Wachsende Rolle des Wasserstoffs: Wasserstoff ist zentral für den Umbau zur klimafreundlichen Wirtschaft. Die Bundesregierung wird bis Ende des Jahres eine Wasserstoffstrategie vorlegen.

Batteriezellfertigung in Deutschland stärken: die Bundesregierung fördert die Batteriezellfertigung mit rund einer Milliarde Euro. Das wird zu mehreren Standorten in Deutschland führen. Das Dachkonzept "Forschungsfabrik Batterie" unterstützt den Kompetenz- und Technologieausbau entlang der gesamten Wertschöpfungskette Batterie.

Speicherung und Nutzung von CO₂: die Forschung und Entwicklung zur CO₂-Speicherung und -Nutzung wird verstärkt gefördert. Sie kann eine Lösung sein für Emissionen, die nicht anders vermieden werden können. Dazu wird ein Dialog mit allen Interessensgruppen gestartet.

Wie wird das Klimaschutzprogramm umgesetzt?

Noch in diesem Jahr soll das Bundeskabinett die gesetzlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Programms verabschieden. Um die Klimaschutzziele 2030 sicher zu erreichen, werden die jährlichen Minderungsziele aus dem Klimaschutzplan 2050 gesetzlich festgeschrieben.

Die Bundesregierung wird den Fortschritt im Klimaschutz jedes Jahr genau ermitteln und durch einen Expertenrat begleiten lassen. Das Klimakabinett überprüft jährlich, wie wirksam und zielgenau die Maßnahmen sind. Erfüllt ein Sektor seine Ziele nicht, legt das zuständige Ministerium innerhalb von drei Monaten ein Sofortprogramm zur Nachsteuerung vor. Auf dieser Grundlage passt das Klimakabinett das Klimaschutzprogramm 2030 so an, dass die Ziele erreicht werden.



**PISCHZAN
GMBH**

Präzisionsarbeit braucht eine gute Grundlage

Mit einem vielseitigen, ständig modernisierten Maschinenpark, sind wir in der Lage technisch anspruchsvolle Drehteile in höchster Präzision herzustellen.

Pischzan GmbH · Großes Wert 7/1 · 89155 Erbach
Tel. 07305-9294170 · Fax. 07305-9294172
www.drehtechnik-pischzan.de

Agrar Dienstleistungs-Gesellschaft des Maschinenring Ulm-Heidenheim mbH

Kalmenbrunnenstr. 2/1 · 89129 Langenau
Tel. 07345/9691-12 · Fax 07345/96 91-29
E-Mail: adg@maschinenring-ulhdh.de



- Kommunalarbeiten
- Grünflächenpflege
- Landschaftspflege
- Sportplatzpflege
- Winterdienste
- Kompostierung
- Erdenproduktion
- Wärmecontracting
- Photovoltaikanlagen
- Biogasanlagen

ADG – Die Profis vom Land!

Die Meisterpflicht kehrt zurück

Union und SPD haben sich darauf geeinigt, für zwölf Gewerke die Meisterpflicht wieder einzuführen. Der Meisterzwang wurde im Jahr 2004 von der damaligen rot-grünen Regierung in 53 von 94 Handwerksberufen abgeschafft. Mit der Wiedereinführung setzen wir ein wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrags um. Das ist eine sehr gute Nachricht nicht nur für das Handwerk! Denn die Meisterpflicht ist die beste Garantie für Qualität, Innovation und Verbraucherschutz.

Im Sommer hatte ein intensiver Dialog- und Anhörungsprozess aller Gewerke, Sozialpartner sowie des Wirtschaftsausschusses stattgefunden. Die Anhörungen werden nun ausgewertet. Danach soll eine Koalitionsarbeitsgruppe „Reform der Handwerksordnung“ darüber beraten, für welche Berufe die Reform zurückgedreht wird. Die Union empfiehlt dies u.a. in folgenden Berufen: Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Parkettleger, Rollladen- und Sonnenschutztechniker, Glasveredler, Drechsler und Holzspielzeugma-



Als Referentin war ich beim „Innovators Club“ des Städte- und Gemeindebunds gefragt.

Foto: Büro Kemmer

cher, Behälter- und Apparatebauer, Böttcher, Betonstein- und Terrazzohersteller, Schilder- und Lichtreklamehersteller, Raumausstatter sowie Orgel- und Harmoniumbauer. Bestehende Betriebe, die derzeit nicht der Meis-

terpflicht unterliegen, dürfen auch weiterhin ihr Handwerk selbstständig ausüben und erhalten Bestandsschutz. Die Änderung der Handwerksordnung soll Anfang 2020 in Kraft treten.

- ✓ Reparaturen, HU & AU für alle Marken
- ✓ Unfallinstandsetzung & Lackierarbeiten
- ✓ Steinschlagreparaturen & Scheibenservice
- ✓ Reifeneinlagerung & Fahrzeugaufbreitung
- ✓ Leasing, Finanzierung und Versicherung
- ✓ Abschleppdienst, Hol- & Bringservice
- ✓ Neu-, Jung- und Gebrauchtwagen
- ✓ Autowaschanlage & SB-Sauger
- ✓ Vertragspartner:



Hasieber

Ihr Autohaus

Autohaus Hasieber GmbH
www.autohaus-hasieber.de

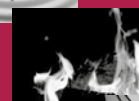
89155 Erbach • Liebigstraße 6 • T. 07305 / 96450
89584 Ehingen/Berg • Wachau 2 • T. 07391 / 77720
Öffnungszeiten: Mo. - Fr.: 07.30 - 18.00 Uhr
Sa.: 08.30 - 12.30 Uhr



A-SCHIRMER

Wasser · Wärme · Werker

Frauenstr. 87 · Ulm · 0731 | 9 66 38 - 0



- Sanitär
- Heizung
- Spenglerei
- Rohrreinigung
- Service
- Beratung
- Verkauf

www.a-schirmer.de

Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

Ihr Landtagsabgeordneter Manuel Hagel

Liebe Freundinnen und Freunde,

in der Politik darf es nicht um Ideologie gehen, das lehrt uns die Geschichte. In der Politik muss es um die Bewältigung der Aufgaben von heute und morgen gehen. Dazu braucht es Maß und Mitte, um tragfähige, nachhaltige Lösungen zu finden, dazu braucht es Kraft, Ideen und Mut, um auch neue Wege zu gehen, dazu braucht es Bodenständigkeit, um geerdet zu sein, dazu braucht es ein immer offenes Ohr, um auch die eigene Position immer aufs Neue zu prüfen. Oder anders gesagt: dazu braucht es Vorbilder – Menschen wie Ventur Schöttle!

Ventur Schöttle - Vorbild als Politiker und Mensch



Sein 90. Geburtstag vor wenigen Wochen war ein großes Fest. Ein Fest, das begleitet wurde von Dankbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung. Für mich ist Ventur Schöttle ein echtes Vorbild und es ist mir eine ganz besonders große Ehre als Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis jemandem nachfolgen zu dürfen, der noch heute deutlich Sichtbares und Wirkendes geschaffen hat. Ventur Schöttle machte ein Leben lang Politik, wie sie sein sollte. Ob als Landtagsabgeordneter oder als Staatssekretär für Agrar und Umwelt. Unprätentiös, visionär und bodenständig. Vor allem waren aber stets die Menschen in unserer Heimat fest in seinem Fokus. Sieben Mal in Folge wurde er dafür direkt in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Lieber Ventur, auch an dieser Stelle: vielen Dank für Dein beeindruckendes Lebenswerk!

Arten schützen. Schöpfung bewahren.

Und gerade jetzt nach der parlamentarischen Sommerpause sind wir in einen hoch politischen Herbst gestartet, der uns auffordert,

dem Politikverständnis wie es Ventur Schöttle in seiner aktiven Zeit vorgelebt hat, zu folgen. Besonders bewegt die Menschen in unserer Region derzeit ein Thema: das Volksbegehren Artenschutz „Rettet die Bienen“. Ein richtiger Grundgedanke – der Erhalt der Artenvielfalt – wird hier ins Ideologische verdreht und schadet damit letztlich mehr als es nützt. Diese Initiative ist ein deutliches Beispiel für

ein Phänomen, das wir schon seit längerem beobachten: es zählt die Emotio, weniger die Ratio. In der Konsequenz heißt das für unser Land aber, dass unsere Kulturlandschaft, die Vielfalt unserer heimischen, regionalen Produkte von höchster Qualität, unsere bäuerlichen Familienbetriebe – egal ob konventionell oder biologisch ausgerichtet – durch die Forderungen des Volksbegehrens ernsthaft bedroht sind.

Wir alle wissen: Die intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für unsere hohe Lebensqualität in Baden-Württemberg. Die Artenvielfalt und die Ökosysteme in Baden-Württemberg bereichern unser Land – sie schenken uns eine herrliche Natur und garantieren uns hochwertigste Produkte unserer bäuerlichen Familienbetriebe, direkt vor unserer Haustür, direkt bei uns daheim. Diese unschätzbare Lebensgrundlage zu erhalten, ist unser aller Auftrag. Wir Christdemokraten nennen das „Bewahrung der Schöpfung“. Unsere Natur ist ein echter Schatz, der unseren aktiven Schutz braucht. Deshalb haben wir Christdemokraten eine klare Haltung, die uns in unserem Handeln leitet: Bewahrung der Schöpfung! Die Erhaltung der Artenvielfalt in unserem Land – besonders auch mit Blick auf den Schutz von Bienen und Insekten – ist für uns Christdemokraten von zentraler Bedeutung. Sie ist die Voraussetzung für ein gutes Leben in Baden-Württemberg.

Unsere wertvollen Kulturlandschaften, von der Streuobstwiese über den Obst- und Gemüseanbau am Bodensee bis hin zu den Weinbauregionen am Kaiserstuhl und im Markgräflerland, im Rheintal, im Remstal und an Neckar und Tauber oder auch die Kartoffelfelder im Illertal sind ein Paradies für Insekten, Bienen und unzählige weitere Tier- wie



auch Pflanzenarten. Eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung dient daher beidem – dem Erhalt der Artenvielfalt und der Erzeugung von Lebensmitteln höchster Qualität. Unsere Landwirtinnen und Landwirte, Obstbäuerinnen und Obstbauern, Imkerinnen und Imker, Hopfenbäuerinnen und Hopfenbauern, Winzerinnen und Winzer, Gärtnerinnen und Gärtner leisten dazu den größten Beitrag.

Das Bekenntnis zum Schutz von Bienen im Besonderen und zum Erhalt der Artenvielfalt insgesamt ist für uns daher auch ein Bekenntnis zu:

- „Kernigem“ aus dem Unterland
- „Geistreichem“ aus dem Schwarzwald
- „Grünem und Rotem“ vom Bodensee
- „Hopfigem“ aus Oberschwaben
- „Spitzigem“ von den Fildern
- „Öchsle“ aus Baden und Württemberg

Rettet die Bienen muss auch bedeuten, bei Lebensmitteln noch mehr auf Regionalität zu setzen. Fränkischer Grünkern, veredeltes Schwarzwaldobst, Gemüse von der Insel Reichenau, Tettlinger Hopfen, Kraut von den Fildern sowie Badischer und Württemberger Wein und die vielen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind nicht nur Spitzenprodukte im Genießerland Baden-Württemberg. Sie stehen vielmehr am Ende einer Erzeugerkette, die ihren Anfang in einer intakten, vom Menschen verantwortungsvoll gepflegten Natur nimmt. Sie sind letztlich Zeugnis und Gradmesser in welchem Maße wir unserer Verantwortung gerecht werden. Artenvielfalt und Landwirtschaft müssen dafür Hand in Hand gehen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass auch künftig hochwertige re-

Aus dem Landtag von Baden-Württemberg

gionale Produkte in bäuerlichen Familienbetrieben produziert werden und wir dadurch unsere Kulturlandschaft erhalten und die Artenvielfalt schützen. Dies erreichen wir nur, wenn wir unsere Landwirtschaft gemeinsam weiterentwickeln. Wir wollen Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Familien Landwirtschaft betreiben und keine Agroindustrie.

Dazu braucht es eine umsichtige und verantwortungsvolle Lösung, mit Maß und Mitte. Nur so wird es einen breiten gesellschaftlichen Konsens geben. Deshalb drängen wir auf das Zusammenwirken aller Akteure zur Erarbeitung eines ausgewogenen Konzeptes. Wir leisten als CDU dazu gerne unseren Beitrag und werden im ganzen Land mit Veranstaltungen für das Ziel werben: Eine reiche Artenvielfalt für ein gutes Leben - miteinander und nicht gegeneinander. Es geht dabei um mehr als ein Konzept, es geht um eine Idee von Baden-Württemberg. Eine Idee, die zusammenführt, statt zu spalten und die die Zukunft im Blick hat.

Fördergelder auch im zweiten Quartal des Landtagsjahres

Gleich in den ersten Wochen nach der Sommerpause gab es erfreuliche Nachrichten für den Alb-Donau-Kreis zu berichten: erneut fließen hohe Summen an Fördergeldern in unsere Region.

Breitbandausbau

Schritt für Schritt nähern wir uns unserem gemeinsamen Ziel eines flächendeckenden Breitbandnetzes im Alb-Donau-Kreis. In dieser Förderrunde konnten sich die Gemeinden Oberstadion und Rottenacker über Landesmittel freuen. Insgesamt wurden 112 Förderanträge mit einem Volumen von 33,4 Millionen Euro in dieser Förderrunde gefördert. Die Gemeinde Oberstadion erhielt 135.214,00 Euro und die Gemeinde Rottenacker 87.713,00 Euro. Schnelles Internet ist heute ein elementarer Standortfaktor. Familien, Unternehmen, Vereine und Schulen sind alle in gleicher Weise auf einen schnellen Draht angewiesen. Es freut mich daher immer wieder aufs Neue zu sehen, dass sich unsere gemeinsamen Anstrengungen auszahlen und die Zusammenarbeit mit unseren Kommunen und dem Digitalisierungsministerium so hervorragend funktioniert. Nur als starkes Team können wir unseren ländlichen Raum für die digitale Zukunft rüsten.

Sanierungsprogramm Brücken

Zu unserem Straßen- und Wegenetz gehören auch unsere Brückenbauten, von denen es im Alb-Donau-Kreis wirklich viele gibt. Sie alle instand zu halten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen ist mit erheblichem finanziellem Aufwand verbunden. Das Land legte für die Jahre 2017 bis 2019 daher einen kommunalen Sanierungsfonds auf, um unsere Kommunen und Landkreise bei der Sanierung der Brückenbauwerke zu unterstützen. Insgesamt stehen rund 119,1 Millionen Euro zur Verfügung, wovon die Hälfte im Jahr 2019 den Landkreisen und Gemeinden zur Unterstützung zukommt. Gleich fünf Kommunen aus dem Alb-Donau-Kreis erhielten insgesamt 1,2 Millionen Euro für die Sanierung der Brücken, der Landkreis rund eine Millionen Euro. Das ist wichtiges und gut angelegtes Geld für unsere Infrastruktur im Ländlichen Raum.

Für den Alb-Donau-Kreis sind die Fördermittel für diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen von großer Bedeutung. Allein die Größe und die Vielzahl der Gemeinden unseres Landkreises stellen besondere Anforderungen an den Ausbau digitaler und verkehrlicher Infrastruktur. Im Wettbewerb um Standorte von Unternehmen, aber auch im Wettbewerb als Wohnorte, gilt es, unsere Gemeinden und Städte bestmöglich zu unterstützen. All diese Investitionen tragen zur Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unseres Ländlichen Raumes im Alb-Donau-Kreis bei. Die Unterstützung, die der Kreis, die Gemeinden und ich als Abgeordneter in unseren Anstrengungen durch das Land dabei erfahren, ist ein starkes Zeichen, dass die CDU-Ministerien an der Seite der Kommunen im Ländlichen Raum im Allgemeinen und des Alb-Donau-Kreises im Besonderen stehen!

Alles Gute und auf bald!

Ihr




**Fassaden
aus Alu + Glas**

MUNDAL®
Fenster- u. Fassaden-Technik GmbH



**Objektfassaden
Fassadenelemente
Kantteile
Lohnfertigung
Zubehörteile**

MUNDAL
Fenster- u. Fassaden-Technik GmbH
Oberdorf 21
89584 Ehingen-Mundingen
Tel. +49 -(0) 73 95-96 190-0
Fax: +49 -(0) 73 95-96 190-49
E-Mail: info@mundal.de
Internet: www.mundal.de

verantwortungsbewusst
zukunftsorientiert
einzigartig

Aus den Stadtverbänden

Ferienprogramm der CDU Ulm 2019

Besuch im Museum Brot und Kunst

Ein Höhepunkt des Ferienprogramms der CDU Ulm war die Führung durch das neu eröffnete Museum Brot und Kunst.

Doch bevor es losging, überreichte Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth, der sich schon seit vielen Jahren und intensiv mit historischen Dokumenten befasst, ein „CDU“-Mitbringsel für das Museum: ein Original-Holzschnitt von 1544 von Sebastian Münster, der auch das erste Bild des Ulmer Münsterturms anfertigte. Das Bild zeigt die Feldbearbeitung zum Getreideanbau im alten Ägypten.



Beim anschließenden Rundgang durch die Räume zeigten die Besucher sich erfreut über die modernen Präsentationsformen und die vielfältigen Themen von sozial-, kultur- und technikgeschichtlichen Zusammenhängen rund um Landwirtschaft und Ernährung. „Die breite Spanne von der Geschichte des Brots über Fragen der Ernährung bis zu bedeutenden Kunstobjekten, ist es, was das Museum so einzigartig macht“, so Barbara Münch, Vorsitzende der CDU Ulm.

CDU Ulm besucht HfG-Archiv

„Den Ulmer Hocker und das Stapelgeschirr kennen wir“, so die Teilnehmer einer Führung durch das HfG-Archiv, die im Rahmen des Ferienprogramms der CDU Ulm stattfand.

Diese Objekte, die in unserem Alltag Einzug gehalten haben und noch vieles mehr, wurden in der Hochschule für Gestaltung Ulm, die von 1953 bis 1968 auf dem Kuhberg angesiedelt war, entwickelt.

Von Inge Aicher-Scholl, Otl Aicher und Max Bill gegründet, war die HfG Ulm aber nicht nur ein Ort des Designs von Gegenständen sondern auch des gedanklichen Austauschs. Indem Ideen und Gestaltungsformen aus der Bauhauszeit von vor dem Krieg aufgegriffen wurden, trennte man sich vom Althergebrachten und ging sowohl in der Diskussion als auch in der Gestaltung von Möbelstücken und Alltagsgegenständen neue Wege. Dieses Aufgreifen von neuen Ideen gab ganz wichtige Impulse für die demokratische Entwicklung und spiegelte sich auch in der Arbeit der vh ulm wieder, deren Gründerin und Leiterin Inge Aicher-Scholl war.



„Mit dem HfG-Archiv haben wir eine wichtige Institution, die mit der Geschichte der Hochschule für Gestaltung Ulm nicht nur einen Teil der Ulmer Nachkriegsgeschichte abbildet, sondern die Verbreitung der dort entwickelten Objekte deutschland- und weltweit deutlich macht“, so Barbara Münch, Vorsitzende der CDU Ulm.

Hagmann Umzüge

Wir bewegen.

Betriebs- und Privatumzüge · Transporte International

Wir bewegen. Und Menschen bewegen uns.

- Betriebs- und Privatumzüge weltweit
- Transporte international
- Maschinen-, Spezial- und Schnelltransporte
- Küchen De- und Montage
- Handwerkerservice
- Möbel- und Containerlager
- Self Storage



Hagmann Umzüge GmbH · Graf-Arco-Str. 8 · D-89079 Ulm
Tel. +49-(0)7 31-9 46 10-0 · Fax +49-(0)7 31-9 46 10-90
www.hagmann-umzug.com · info@hagmann-umzug.com

»Als inhabergeführtes Familienunternehmen gehören soziales Engagement, regionale Verbundenheit und nachhaltiges Handeln zu der Philosophie von Nussbaum Medien. Und das seit 1959.«

NUSSBAUM MEDIEN

CDU/UfA stimmt sich auf Klausurtagung auf kommende Herausforderungen ein

Wie wollen wir im Jahr 2030 in Ulm leben?

Unter diesem Leitsatz tagten wir als neue Fraktionsgemeinschaft aus CDU und Ulm für Alle zwei Tage lang im Kloster Heiligkreuztal bei Riedlingen. In dieser Klausur berieten wir über die anstehenden Herausforderungen der nächsten Jahre **und innovative Lösungsansätze für ein lebenswertes Ulm im Jahr 2030**. In einer ständig wachsenden Stadt steht nachhaltige und innovative Stadtentwicklung an oberster Stelle. Aus unserer Sicht gehören dazu insbesondere **eine Diversifizierung der Mobilität mit einer Stärkung des ÖPNV und des Radverkehrs, nachhaltige Quartiersarbeit und konsequenter Klimaschutz in einer intakten Umwelt**.

Ebenso wichtig ist das Miteinander innerhalb Ulms und den einzelnen Stadtteilen. Wir wollen Begegnung fördern, Nachbarschaftshilfe anbieten und Anonymität durch Dialog entgegenreten. Ein herausragendes Ereignis kann und wird dabei die Landesgartenschau 2030 sein. Wir als CDU/UfA möchten dies zu einer Gartenschau aller Ulmer machen und sehen sie als beispiellose Chance der Partizipation **und einer nachhaltigen Stadtentwicklung**.

Um auch bereits im Kleinen Verbesserungen zu erzielen, plant die CDU/UfA Fraktion einen Fragebogen zu erstellen für die einzelnen



Foto: Schulz

Stadtteile, um gezielt Wünsche und Anregungen der jeweiligen Anwohner einzuholen. Diese können im Bereich des ÖPNV liegen, aber beispielsweise auch von Grünflächen oder des Radverkehrs.

Gerade im Bereich der Radinfrastruktur wird die Fraktion noch vehementer als bisher ohnehin schon einfordern, dass die zahlreichen vorhandenen Ideen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur Punkt für Punkt abgearbeitet und die dafür erforderlichen Finanzmittel endlich erhöht werden. Ein entsprechender Antrag an die Verwaltung wurde

von uns bereits gestellt und kann bei Interesse auf unserer Webseite eingesehen werden. Im Rahmen der Klausurtagung wurde auch der Fraktionsvorstand neu gewählt. Hierbei wurde Dr. Thomas Kienle als Fraktionsvorsitzender im Amt bestätigt. Er wird künftig unterstützt von den drei Stellvertreter/innen Winfried Walter, Barbara Münch und Dr. Karin Hartmann.

Ulm 2030 – Innovation und Nachhaltigkeit in einem lebenswerten Ulm! Dafür stehen wir!

ALLES AUS EINER HAND - Beratung + Herstellung + Einbau + Service

Semler
Fenster + Schreinerei
innovativ seit 168 Jahren

große Ausstellung in Dietenheim / Iller
Mo-Fr von 08-12 Uhr und 13-18 Uhr & Sa 10-13 Uhr

Fenster Haustüren Sommer-Garten & Wohn-Wintergarten Garderoben & Einbauschränke Zimmertüren & Schiebe-Türen Parkett & Vinylböden

Otto-Leimer-Str. 2 | 89165 Dietenheim / Iller | Tel. (07347) 96 500 | www.semeler-fenster.de

SPÄTH
HEIZUNG · SANITÄR

- Gas- und Ölheizung
- Holz- und Pelletskessel
- Wärmepumpen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung
- Solaranlagen
- Badsanierung
- Kundendienst

Hans Peter Späth GmbH

info@spaeth-uhl.de
Lämmerweg 37
89079 Ulm-Eisingen

Telefon: 07305 / 9685-0
Fax: 07305 / 9685-55

Aus den Stadtverbänden

Eine erlebnisreiche 25. CDU-Reise des Stadtverbandes Erbach

Am 22. August startete die 25. CDU-Reise zu einer 5-tägigen Drei-Flüsse-Reise mit 45 Teilnehmern ins schöne Rheintal. „Vater Rhein“ mit Lahn und Ahr waren unser Ziel. Zügig ging es über die A 8 Richtung Raststätte Wullenstein, wo wir uns mit dem obligatorischen umfangreichen „CDU-Frühstück“ in stimmungsvoller Atmosphäre für die Weiterfahrt stärkten. Während unserer gesamten Reise wurden wir in sachkundiger Weise von Frau Ursula Schelkle über die Sehenswürdigkeiten und geschichtlichen Hintergründe der Städte und Landschaften informiert.

Unser erstes Ziel war Rüdesheim. Natürlich stand ein Besuch und Bummel in der weltbekannten „Drosselgasse“ auf dem Programm. Auch wir mischten uns unter die vielen Touristen und jeder fand individuell ein uriges Weinlokal bis zur Weiterfahrt. Nach dem „weinseligen“ Aufenthalt ging es weiter auf den Loreley-Felsen. Aber, oha – wo ist denn die Dame, die ihr „goldenes Haar“ kämmt und dabei ein Lied singt? Ja, die Loreley-Dame ist an einer anderen Stelle am Rheinufer platziert. Wir wurden dennoch durch die tolle Aussicht über den Rhein, seinen Verlauf und die Landschaft entschädigt.

Von der Loreley fuhren wir nach Bad Breisig, wo wir am Rheinufer in unserem Hotel die weiteren Tage/Nächte verbrachten. Am 2. Tag war Bonn unser erstes Ziel. Hans Seemann gab uns interessante Informationen über das Leben und Wirken von Konrad Adenauer, dem 1. CDU-Bundeskanzler der BRD. Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch im „Haus der Geschichte der BRD“.

Hier wurden wir bei einem Rundgang durch die Dauerausstellung: „Unsere Geschichte, Deutschland seit 1945“ informiert. Lebendig und aktuell, mit individuellen Perspektiven und anschaulichen Originalobjekten. Diese Ausstellung war sehr eindrucksvoll und hat uns alle sehr nachdenklich gemacht. Danach konnten wir in Rhöndorf das Stammlokal „Profitlich“ von K. Adenauer besuchen. Nun ging es zur Auffahrt mit der Zahnradbahn zum Drachenfels. Ein gigantischer Ausblick zeigte uns eine wunderbare Aussicht auf das Siebengebirge und die Landschaft. Natürlich darf eine Schifffahrt auf dem Rhein nicht fehlen – deshalb erlebten wir eine entspannte und informative Rheinfahrt von Königswinter nach Linz am Rhein.



Foto: Seemann

Der 3. Tag war geprägt von dem Besuch in der Stadt Limburg, eingebettet zwischen Westerwald und Taunus, im malerischen Lahntal. Bei der Führung durch die historische Altstadt wurde die mittelalterliche Geschichte lebendig. Sie wird zur Entdeckungsreise in den Gassen, schmalen Durchgängen, den Fachwerkhäusern und den Treppen, die sich zum Burgberg hochwinden. Hier oben thront das Wahrzeichen der Stadt – der St. Georgs Dom mit seinen sieben Türmen. Nach diesem Erlebnissen in der mittelalterlich geprägten Stadt, verließen wir Limburg – um noch die Kurstadt Bad Ems zu besuchen.

„Geheimnisse des Ahrtals“, mit dem Fluss Ahr, als „wildeste Tochter“ des Rheins gepriesen stand am 4. Tag auf dem Reiseprogramm. Ein absoluter Höhepunkt war in Ahrweiler die Besichtigung und Führung des Regierungsbunkers – das Staatsgeheimnis der Bundesrepublik. Es ist ein Relikt aus der Zeit des „kalten Krieges“. Nach dieser eindrucksvollen Besichtigung fuhren wir nach Mayschoß, der ersten gegründeten Winzergenossenschaft (1868) in Deutschland, um die dortige Weinherstellung kennenzulernen. Eine stimmungsvolle lustige Weinprobe rundete diesen Tag ab. Natürlich war ein gemeinsames Foto der Reisegruppe nun angesagt (alle Teilnehmer sind mit einer Veröffentlichung einverstanden).

Zwar war der 5. Tag geprägt von dem Gedanken der Rückreise. Vorher aber stand noch die Besichtigung im Kulturzentrum Festung Ehrenbreitstein mit dem phantastischen Blick auf die Stadt Koblenz, das deutsche Eck und auf die Landspitze vom Zusammenfluss der Mosel und dem Rhein.

Nun traten wir die Heimreise an. An dieser Stelle gebührt ein „herzliches Dankeschön“ und Lob den Verantwortlichen dieser CDU-Sommerreise. Frau Ursula Schelkle und Hans Seemann haben mit dem CDU-Team eine perfekte und reibungslose Durchführung dieser 25. CDU-Reise gemeistert.

Hans Seemann

EHINGER ENERGIE 



STROM
FÜR DIE
REGION

Jetzt Tarif
einfach abschließen
unter:

www.ehinger-energie.de

CDU Allmendingen reiste nach Berlin

Das Ziel des von der örtlichen CDU organisierten traditionellen mehrtägigen Ausflugs war dieses Jahr die Bundeshauptstadt Berlin. Auf der Hinfahrt wurde in Potsdam eine größere Pause eingelegt, um das Schloss Sanssouci, die Sommerresidenz von Friedrich dem Großen, aufzusuchen, einen Spaziergang durch die Parkanlagen zu machen und erste Informationen über die brandenburgische und preußische Geschichte zu erhalten. Eine große Überraschung in Berlin war das gebuchte Hotel mit 39 Stockwerken und über 1000 Betten in unmittelbarer Nachbarschaft des 368 m hohen Fernsehturms. Der nächste Tag begann mit einer mehrstündigen Busfahrt zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt, unterbrochen von mehreren Haltepunkten. Wolfgang Fuchs am Steuer und Paul Glück als Stadtführer agierten hierbei als erfahrenes Team. Nach kurzer Mittagspause ging es zu Fuß weiter entlang des Boulevards „Unter den Linden“ zu der Spreeinsel mit Stadtschloss, Berliner Dom und Museen. Der dritte Tag galt dem Regierungsviertel und der Umgebung des Brandenburger Tores. Obligatorisch war der Besuch des Reichstagsgebäudes. Die Sitzungspause des Bundestages hatte den Vorteil, dass auch Räume, Flure und Lobbys besichtigt werden konnten, die sonst nicht zugänglich sind. Besonders eindrucksvoll war der Blick von der Glaskuppel über die Hauptstadt. In Berlin finden sich aber nicht nur Spuren der preußischen Kurfürsten, Könige und Kaiser und der Zeit nach der Wiedervereinigung. Die DDR-Vergangenheit und das dunkle



Foto: Glück

Erbe der Nationalsozialisten sind ebenfalls präsent. So begab sich die Allmendinger Gruppe auch zu den Resten des Mauerbaus, zum Holocaust-Denkmal und zu den Stellen, wo sich die Reichskanzlei und der Führerbunker Hitlers befanden. Wo einst das Palais des Reichskanzlers stand, erinnert ein 17 m hohes Stahl-Profil an den Schwaben Johann Georg Elser aus Königsbrunn, der bereits 2 Monate

nach Kriegsbeginn ein Attentat auf Hitler ein Bombenattentat ausführte, das nur knapp scheiterte. Der Besuch dieser Orte wurde damit zu einem eindrucksvollen und denkwürdigen Teil der Reise.

Paul Glück

Klaus Meisen

Brandschutzberater und
externer Brandschutzbeauftragter
für Industrie- und Gewerbebau
(VdS nach CFP Europe und vdfb 12-09/01)

von der IHK Ulm öffentlich bestellter und vereidigter
Sachverständiger für Rauch- und
Wärmeabzugsanlagen

Uhlandstraße 36, 89129 Langenau
Telefon: 07345/48 11 Mobil: 0171/777 56 77
E-Mail: info@brandschutzberatung-meisen.de



WIR BRAUEN MIT DEN ROHSTOFFEN: Hopfen, Malz, Hefe und Wasser. Unser 5. ROHSTOFF ist der MENSCH, unsere Mitarbeiter. Und schließlich der 6. ROHSTOFF:

ZEIT – viel ZEIT.

BERG BRAUEREI ULRICH ZIMMERMANN
www.bergbier.de

Aus den Vereinigungen/Junge Union

JU Alb-Donau/Ulm wieder stark vertreten

Im Vordergrund der Bezirkstags der Jungen Union in Wendelsheim stand die Neuwahl des Bezirksvorstandes. Fabian Kemmer kandidierte nicht erneut. Mit über 85% wurde Matthäus Bürkle aus dem Kreisverband Ravensburg als neuer Bezirksvorsitzender gewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden wiedergewählt Katharina Burger (KV Sigmaringen) und Valerie Neumann (KV Reutlingen) und neu gewählt Gordin Schwarz aus dem Kreisverband Alb-Donau/Ulm und Gemeinderat in Blaubeuren.

Begleitet wurde der Bezirkstag mit starken Reden von Ronja Kemmer (Bundestagsabgeordnete aus Ulm), Thomas Bareiß (CDU-Bezirksvorsitzender und parlamentarischer Staatssekretär) und Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Annette Widmann-Mauz. Das Thema stand ganz im Mittelpunkt der Nachhaltigkeit. Neben Workshops, in denen Forderungen und Ideen zu mehr Nachhaltigkeit im Alltag, Landwirtschaft und Mobilität erörtert und aufgestellt wurden, stand Andreas Jung als mitverantwortlicher Autor des Klimapakets der Bundesregierung Rede und Antwort der Delegierten.



Foto: Tschenett

Des Weiteren wurden aus dem Kreisverband Sarah Roggenkamp (Allmendingen) und Julian Tschenett (JU-Vorsitzender in Ulm) als Beisitzer wiedergewählt und Henry Frömmichen (Ehingen) neu gewählt.

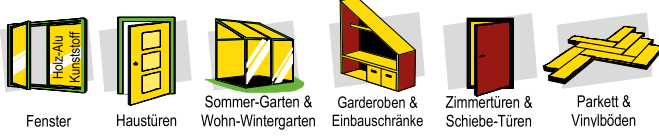
„Mit frischen und bekannten Mitglieder im neuen Bezirksvorstand werden wir unseren Kreisverband sehr gut vertreten und ordentliche Arbeit leisten!“, so Martin Neumann, aktueller Kreisvorsitzender der JU-Alb-Donau/Ulm.

ALLES AUS EINER HAND - Beratung + Herstellung + Einbau + Service

 **Semler**
Fenster + Schreinerei
innovativ seit 168 Jahren



große Ausstellung in Dietenheim / Iller
Mo-Fr von 08-12 Uhr und 13-18 Uhr & Sa 10-13 Uhr



Otto-Leimer-Str. 2 | 89165 Dietenheim / Iller | Tel. (07347) 96 500 | www.semeler-fenster.de

Bäckerei • Konditorei • Stehcafé

SEEMANN
bekannt durch Qualität

89155 Dellmensingen • Werdensteinstr. 1
Telefon 0 73 05 / 64 31

89155 Erbach • Ehinger Str. 16
Telefon 0 73 05 / 72 64

www.baeckerseemann.de

Aus den Vereinigungen/Senioren Union

Hauptversammlung der SeniorenUnion:

Senioren in der CDU wählen neuen Vorstand.

In der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung Anfang September in Ehingen zog Kreisvorsitzender Thomas Schweizer eine durchwachsene Bilanz der letzten 2 Jahre.

Er konnte auf gute, aber nicht übermäßig gut besuchte Veranstaltungen in Schelklingen und Ulm verweisen. Positiv ist auch die Mitgliederentwicklung. 20 neue Mitglieder sind dazu gekommen. Besonders zu erwähnen war die positive Entwicklung des Stadtverbands Ehingen.

Die Vereinigung widmete sich intensiv der Frage, was Senioren von Kommunen erwarten und wie diese ein vielfältiges Unterhaltungs- und Betreuungsangebot initiieren und unterstützen können. Weiter wurden die Themenbereiche Pflegeversicherung und Grundrente diskutiert..

Die Entlastung erfolgte einstimmig und die Vorstandswahlen verliefen sehr harmonisch und es gelang auch, alle Positionen bis auf den Pressesprecher mit interessierten und motivierten Mitgliedern zu besetzen.

Wiedergewählt wurde als Vorsitzender Thomas Schweizer.

Stv. Vorsitzende sind nun Waldemar Brauchle und Heinz Seiffert. Schriftführer ist Gerhard Moll.

Zu Beisitzern sind Hedwig Betz, Christian Boué, Hermann Branz, Dr. Bertram Holz, Margrit Koch, Edwin Maucher, Dr. Rüdiger Rombach, Erika Ruß und Heinrich Zogalla gewählt worden.



Heinz Seiffert und Thomas Schweizer wurden zu Delegierten zur Bundestagung, Thomas Schweizer, Hedwig Betz und Gerhard Moll zu Landtagsdelegierten gewählt.

In seinem Grußwort hatte der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Manuel Hagel MdL die Bedeutung der organisierten CDU Mitglieder im Seniorenalter für die Darstellung und Positionierung der Partei betont. Bürgermeister Sebastian Wolf nannte in seinem Referat über die Rolle der Senioren in und für die Kommunen die zunehmend Zahl der Senioren an. 27% Senioren in Ehingen und 39 Prozent im Jahr 2035 in Baden-Württemberg. „Den Senior an sich gibt es gar nicht, manche fahren mit dem E-Bike viele Kilometer durch

den Wald, andere sind eingeschränkt und hilfsbedürftig. Er sprach auch von Potentialen, die Senioren haben, um sich in die Gesellschaft einzubringen in Vereinen, in Ehingen in der Lokalen Agenda bei „Alt hilft Jung“.

Diese Möglichkeiten will Bürgermeister Wolf weiter ausbauen und denkt an einen Rucksack, in dem Neuhergeständler viele Angebote hineingepackt bekommen sollen. Wolf betonte dabei, dass es sehr wichtig sei, dass die Senioren durch Bürgerengagement von der Vereinsamung im Alter geschützt werden. Seniorentreffs, gemeinsamer Mittagstisch und auch die Begleitung durch kirchliche Organisationen im Allgemeinen seien Angebote, die es anzunehmen gelte.



Schotter in allen Körnungen | Schottertragschichten
Natursteine | Industriekalke | Dünge- und Einstreukalk



SWK SCHOTTERWERK KIRCHEN GMBH & CO. KG
Zum Hochgericht 9 | 89597 Munderkingen | Tel.: 07393 - 21 93
info@schotterwerk-kirchen.de | www.schotterwerk-kirchen.de

Geburtstage

Wir gratulieren unseren Jubilaren zum Geburtstag im November 2019

Zum 96. 17.11.	Georg Heinhold, Ulm (Donau)	Zum 77. 7.11.	Anton Egetenmeyer, Langenau
Zum 95. 8.11.	Walter Stöhr, Munderkingen	Zum 77. 22.11.	Otto Fürst, Oberstadion
Zum 93. 23.11.	Alfred Semler, Ulm-Wiblingen	Zum 76. 10.11.	Franz Ruoss, Schelklingen-Schmiechen
Zum 92. 29.11.	Thomas Petrul, Erbach-Ringingen	Zum 76. 13.11.	Hans-Werner Rumpfinger, Dornstadt
Zum 91. 11.11.	Josef Ried, Ehingen-Altberlingen	Zum 75. 1.11.	Hermann Branz, Obermarchtal
Zum 89. 13.11.	Anton Kloker, Ehingen-Erbstetten	Zum 75. 5.11.	Ursula Glück, Allmendingen
Zum 87. 15.11.	Sofie Enderle, Ehingen-Rißtissen	Zum 75. 15.11.	Lothar Szesni, Ehingen
Zum 86. 21.11.	Paul Mitnacht, Allmendingen	Zum 75. 25.11.	Dr. Hans-Walter Roth, Ulm-Wiblingen
Zum 85. 30.11.	Fritz Schönfelder, Dornstadt	Zum 73. 9.11.	Heiner Loop, Illertissen
Zum 84. 5.11.	Karl Magg, Ulm-Unterweiler	Zum 73. 18.11.	Karl Knab, Dornstadt-Bollingen
Zum 84. 11.11.	Martin Brehm, Ulm	Zum 73. 21.11.	Georg Buntz, Dornstadt-Temmenhausen
Zum 84. 16.11.	Karl Erhardt, Langenau	Zum 73. 29.11.	Hans Karl Keppler, Blaustein-Markbronn
Zum 83. 15.11.	Hermann Seitz, Oberstadion	Zum 72. 18.11.	Friedrich Eberbach, Westerstetten
Zum 83. 16.11.	Ottmar Kneer, Westerheim	Zum 72. 18.11.	Josef Knupfer, Ehingen-Dettingen
Zum 83. 28.11.	Klara Knoll, Hüttisheim	Zum 72. 20.11.	Max Leicht, Ehingen
Zum 82. 21.11.	Johann Proißl, Neu-Ulm	Zum 71. 3.11.	Harald Neu, Ehingen
Zum 82. 23.11.	Max Rottler, Altheim/Alb	Zum 71. 14.11.	Edgar Winter, Ulm
Zum 81. 3.11.	Martin Zimmermann, Ehingen-Rißtissen	Zum 71. 22.11.	Wolfgang Mychajliw, Dornstadt-Scharenstetten
Zum 81. 14.11.	Ludwig Stetter, Ehingen	Zum 70. 5.11.	Edith Hauser, Erbach-Dellmendingen
Zum 80. 1.11.	Ernst Ochs, Erbach-Dellmendingen	Zum 70. 16.11.	Werner Herrmann, Blaustein
Zum 80. 4.11.	Waldemar Karbe, Ulm	Zum 70. 26.11.	Anton Röller, Obermarchtal-Datthausen
Zum 80. 10.11.	Elfriede Iberle, Ehingen	Zum 70. 27.11.	Alfred Springer, Ehingen-Granheim
Zum 80. 14.11.	Günter Pfaff, Ulm-Söflingen	Zum 65. 5.11.	Jan Wagner, Stuttgart
Zum 80. 16.11.	Helmut Schlimm, Ulm-Wiblingen	Zum 65. 6.11.	Ernst Müller, Allmendingen
Zum 80. 21.11.	Reinhard Schäfer, Ulm-Jungingen	Zum 65. 25.11.	Otto Högerl, Blaustein
Zum 78. 10.11.	Karl Hagmann, Blaubeuren-Erstetten	Zum 60. 2.11.	Herbert Schmidt, Dornstadt-Tomerdingen
Zum 78. 13.11.	Peter Bayer, Blaubeuren	Zum 60. 27.11.	Klaus Zimmermann, Allmendingen
Zum 78. 22.11.	Renate Arnold, Laichingen	Zum 60. 28.11.	Eberhard Held, Schelklingen-Schmiechen
Zum 78. 23.11.	Anne Ruprecht, Westerheim	Zum 60. 29.11.	Reiner Baur, Blaub.-Gerhausen
Zum 78. 29.11.	Gerhard Koch, Dietenheim	Zum 60. 29.11.	Ottokar Kneißle, Ehingen-Altsteußlingen



Krippen-Figuren-Ställe-Wurzeln
Weihnachtliche Dekorationen,
Ambiente, Accessoires
(Große Krippen- und Weihnachtsausstellung)

Brühlwiesen 2 · 89607 Emerkingen · Telefon 0 73 93 · 91 71 03

www.akantus.eu



PLANUNGSGESELLSCHAFT MBH
TECHNISCHE GEBÄUDEAUSRÜSTUNG
BERATUNG - PLANUNG - BAULEITUNG
WASSER - WÄRME - LUFT - ENERGIE - UMWELT

Wirtschaftliche Wärmeversorgungskonzepte
zur Beheizung im öffentlichen, privaten
und gewerblichen Bereich

89584 Ehingen (Donau), Telefon 07391 / 52110

www.pg-tga.de

Wir gratulieren unseren Jubilaren zum Geburtstag im Dezember

Zum 90. 5.12.	Wilhelm Geyer, Munderkingen	Zum 79. 15.12.	Bernhard Stöferle, Erbach-Dellmensingen
Zum 90. 31.12.	Leonilla Ott, Ulm	Zum 79. 25.12.	Benno Janz, Illerrieden-Dorndorf
Zum 89. 17.12.	Dietmar Greissing, Ulm	Zum 79. 30.12.	Lina Thumm, Ulm-Grimmelfingen
Zum 89. 22.12.	Josef Kohn, Schnürpflingen	Zum 79. 31.12.	Reinhold Butz, Unterstadion
Zum 86. 8.12.	Rudolf Harscher, Ulm-Söflingen	Zum 78. 16.12.	Guido Mohr, Ehingen-Dintenhofen
Zum 86. 28.12.	Kurt Höhe, Rammingen	Zum 78. 16.12.	Elmar Sonnenmoser, Munderkingen
Zum 84. 8.12.	Maria Bausenhardt, Ehingen-Nasgenstadt	Zum 78. 24.12.	Manfred Lauster, Ulm
Zum 84. 17.12.	Helmut Rehn, Blaustein	Zum 76. 25.12.	Marie-Luise Schmid, Blaustein
Zum 84. 24.12.	Alfred Egle, Dornstadt-Bollingen	Zum 75. 7.12.	Albrecht Roth, Lonsee-Urspring
Zum 84. 25.12.	Fritz Schaible, Langenau	Zum 75. 21.12.	Heinz Braig, Allmendingen
Zum 84. 29.12.	Hans Glöggler, Westerstetten	Zum 75. 22.12.	Peter Ehe, Rottenacker
Zum 84. 31.12.	Hans Clement, Amstetten	Zum 74. 9.12.	Renate Ladurner, Ulm-Wiblingen
Zum 83. 6.12.	Hans Berger, Ehingen	Zum 74. 31.12.	Franziska Geissler, Erbach
Zum 83. 8.12.	Franz Steinle, Allmendingen-Pfraunstetten	Zum 73. 15.12.	Ulrich Windelschmidt, Ulm-Ermingen
Zum 83. 27.12.	Dipl.-Ing. Günter de Veer, Erbach-Ringingen	Zum 73. 21.12.	Max Unseld, Ulm-Jungingen
Zum 82. 5.12.	Hubert Bloching, Schelklingen-Justingen	Zum 73. 26.12.	Bruno Hafner, Erbach-Ersingen
Zum 82. 10.12.	Waldemar Brauchle, Ehingen-Gamerschwang	Zum 72. 16.12.	Marianne Bayer, Blaubeuren
Zum 82. 16.12.	Dr. Peter Hahl, Munderkingen	Zum 72. 25.12.	Josef Mrvcic, Ehingen
Zum 82. 20.12.	Dr. rer. nat. Rüdiger Rombach, Ehingen	Zum 71. 13.12.	Gisela Hühn, Ulm
Zum 82. 24.12.	Ernst Baisch, Laichingen-Suppingen	Zum 70. 8.12.	Heinz Fiesel, Ehingen
Zum 82. 26.12.	Willi Weber, Ulm-Unterweiler	Zum 70. 27.12.	Bärbel Morath, Lauterach-Neuburg
Zum 81. 4.12.	Hubert Schaubert, Rechtenstein	Zum 65. 8.12.	Erwin Knoll, Ulm
Zum 81. 11.12.	Otto Dauner, Langenau	Zum 65. 18.12.	Bruno Kneer, Westerheim
Zum 81. 29.12.	Helmut Bloching, Ehingen-Granheim	Zum 65. 18.12.	Guido Sauter, Ehingen-Berg
Zum 81. 29.12.	Theo Rampf, Ulm-Söflingen	Zum 65. 19.12.	Anton Mangold, Staig
Zum 80. 16.12.	Franz Mack, Erbach-Ringingen	Zum 65. 24.12.	Christa Gerstner, Blaustein
Zum 80. 19.12.	Alfons Kopp, Ehingen-Altsteußlingen	Zum 60. 14.12.	Reinhard Walter, Ulm-Donaustetten
Zum 80. 24.12.	Johannes Hügler, Ehingen-Heufelden	Zum 60. 18.12.	Elmar Mößlang, Emeringen
Zum 80. 26.12.	Konrad Langenstein, Erbach-Dellmensingen		
Zum 80. 28.12.	Edith Neidlinger, Blaustein		

Liebe Parteifreundinnen und Freunde,

in jedem Heft UNIONintern veröffentlichen wir die Geburtstage unserer Altersjubilare. Wenn Sie nicht wünschen, dass Ihr Geburtstag veröffentlicht wird, bitten wir um Ihre Nachricht über Tel.: 0731 9216521 oder E-Mail: mail@cduadu.de

In eigener Sache

Redaktionsschluss

Abgabeschluss für Texte und Bilder der nächsten Ausgabe von Union Intern:

Mittwoch, 6. November 2019, 12 Uhr

Das Heft wird am 2. Dezember ausgeliefert.

Über 4.300 Jobs in Baden-Württemberg

jobsuche 

www.jobsuchebw.de



Wir informieren. Mit einer hohen Reichweite.

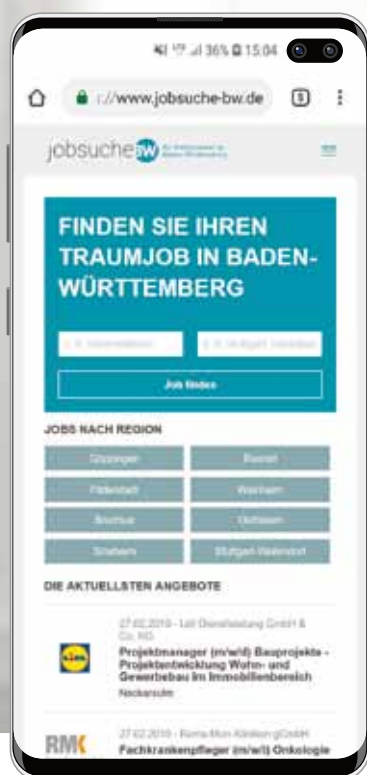
Die Gesamtauflage der von uns verlegten 380 Amts- und privaten Mitteilungsblätter beträgt über 1,1 Million Exemplare. In den Empfänger-Haushalten leben deutlich über zwei Millionen Menschen. Rechnet man die Reichweite der Eventmagazine, Online-Portale und Newsletter hinzu, dann erhöht sich das Potential der Leser auf über 25% der in Baden-Württemberg lebenden Personen. Damit kombinieren wir die hohe Haushaltsabdeckung der Amtsblätter im lokalen Bereich mit hohen Reichweiten auf Kreis- bzw. Landesebene.



Ihr Partner für lokale Kommunikation.
www.nussbaum-medien.de

Über 4.300 Jobs in Baden- Württemberg

Stand: 15.04.2019



inkl. Stellenanzeigen
aus den Lokalzeitungen

mobiloptimiert

jobsuche **BW**

Das neue Stellenportal für Baden-Württemberg

Im letzten Jahr hat Nussbaum Medien in seinen über 360 Amtsblättern und Lokalzeitungen ca. 40.000 Stellenangebote veröffentlicht. Umgerechnet entspricht dies ca. 800 Stellenangeboten pro Woche.

Auf **www.jobsuchebw.de** finden Sie ab sofort viele exklusive Stellenangebote aus unseren Amtsblättern und Lokalzeitungen, die ansonsten auf keinem weiteren Online-Stellenportal veröffentlicht sind. Darüber hinaus werden auf jobsucheBW auch Stellenanzeigen aus Partnerportalen mit ausgespielt.



Festakt zum 80. Geburtstag von Ministerpräsident a. D. Professor Dr. h.c. mult. Erwin Teufel

Die CDU Baden-Württemberg gratuliert Erwin Teufel

Zu Ehren unseres ehemaligen Landesvorsitzenden, Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel, veranstaltete die CDU Baden-Württemberg am 7. September 2019 einen Festakt in Villingen-Schwenningen. Den Auftakt für den Festakt bildete um 17 Uhr eine Messe im Villingener Münster, die vom Generalvikar der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Clemens Stroppel, gehalten wurde.

„Wenn wir Erwin Teufel feiern, dann feiern wir einen überzeugten Christen, einen tief im Land verwurzelten Politiker, einen sehr erfolgreichen, langjährigen Ministerpräsidenten und einen zukunftsgerichteten Europäer. Erwin Teufel steht für Werte und Überzeugungen. Er hat die Christlich Demokratische Union und unser Land geprägt und nach vorne gebracht. Seine großartige Lebensleistung hat unseren Respekt und Dank. Wir sind einfach glücklich in der CDU, dass wir ihn haben“, ehrte unser Landesvorsitzender, Minister Thomas Strobl, den ehemaligen Ministerpräsidenten.

Unsere Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2021, Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, betonte: „Erwin Teufel verkörpert wie kaum ein Zweiter das Bild eines aufrichtigen und vorbildlichen Politikers: bodenständig,

*„Erwin Teufel verkörpert
wie kaum ein zweiter
das Bild eines aufrichtigen
und vorbildlichen Politikers.“*

Dr. Susanne Eisenmann

bescheiden und entscheidungsstark. Er war ein Landesvater im positiven Sinne mit enormen Verdiensten für unser Land und stets ein engagierter Fürsprecher eines geeinten Europas der Subsidiarität, das ihm ein Her-

zensanliegen ist. Mit Fleiß und großem Gestaltungswillen hat er Baden-Württemberg bis heute spürbar geprägt. Sein Engagement für den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Einstehen für die Demokratie sind dafür nur zwei Beispiele, die heute aktueller nicht sein könnten.“

Nach dem festlichen Transfer zur Neuen Tonhalle hielt unser Landesvorsitzender, Minister Thomas Strobl, die Laudatio auf den Jubilar. Beim Symposium zum Thema „Christliche Werte in der Gesellschaft von heute und morgen“ diskutierten Erwin Teufel, die Bundesministerin und Botschafterin a.D. Annette Schavan, die CDU-Bundesvorsitzende, Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die ehemalige Generaloberin des Klosters Untermarkt, Schwester Lintrud, sowie Generalsekretär Manuel Hagel MdL. Den krönenden Abschluss der Feierlichkeiten bildete ein Großer Zapfenstreich am Festplatz vor der Neuen Tonhalle.



Rund 700 Menschen versammelten sich im Villingener Münster zur heiligen Messe, die vom Generalvikar der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Clemens Stroppel, geleitet wurde. Angeführt von der Stadtmusik Schwenningen und zwei Kutschen zog der Festzug feierlich in Richtung der Neuen Tonhalle. Unser Landesvorsitzender Thomas Strobl und unsere Bundesvorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer begleiteten dabei Edeltraud und Erwin Teufel.

Die CDU Baden-Württemberg gratuliert Erwin Teufel



Unser Landesvorsitzender, Minister Thomas Strobl, wusste in seiner Laudatio das Lebenswerk von Erwin Teufel gebührend zu ehren (Bild rechts). Beim Symposium „Christliche Werte in der Gesellschaft von heute und morgen“ waren mit Erwin Teufel, der Bundesministerin und Botschafterin a. D. Annette Schavan, der CDU-Bundesvorsitzenden, Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, der ehemaligen Generaloberin des Klosters Untermarchtal, Schwester Lintrud, sowie Generalsekretär Manuel Hagel MdL hochkarätige Teilnehmer vertreten.



In einer unterhaltsamen und intensiven Diskussion begeisterte Erwin Teufel dabei die rund 900 Gäste, die zum Festakt gekommen waren, mit Anekdoten aus seiner Amtszeit.



Mit dem Großen Zapfenstreich, eingeleitet von Oberbürgermeister Jürgen Roth, fand die Veranstaltung ihren krönenden Abschluss. Aufgeführt wurde dieser von der Stadt- und Bürgerwehrmusik Villingen, der Historischen Bürgerwehr und Trachtengruppe Villingen, dem Landesverband der Bürgerwehren und Milizen Baden-Südheessen sowie dem Landesverband Historische Bürgerwehren und Stadtgarden Württemberg-Hohenzollern.

Aus'm Ländle

Sommerwanderung der CDU Nordbaden

„Wandern und informieren“ stand auf dem Sommerprogramm der CDU Nordbaden. Der Bezirksvorsitzende und Minister Peter Hauk MdL lud gemeinsam mit seinem Landtagskollegen Dr. Albrecht Schütte zu einer Wanderung entlang des Neckarsteigs zwischen Eberbach und Neckargerach ein. Besonders das Thema „Wald und Waldsterben“ machte die Mitglieder während des Blicks in die Natur neugierig. Landesforstminister Hauk gab dazu auf der Wegstrecke Erläuterungen und ging besonders auf den stellenweise explosionsartigen Borkenkäferbefall ein. Er rief in diesem Zusammenhang die Waldbesitzer dazu auf, ihre Bestände ständig auf Befall zu überprüfen. Sollten Dürreschäden sichtbar sein, solle man umgehend handeln.



Rainer Wieland MdEP führt weiterhin die Senioren Union

Bei der Landestagung der Senioren Union in Ettlingen wurde Rainer Wieland, Vizepräsident des Europaparlaments, überzeugend als Landesvorsitzender bestätigt. „Digitale Herausforderung – wissenschaftlich, ethisch, politisch“ stand als Motto über der Gesprächsrunde, bei der deutlich wurde, dass bei richtigem Gebrauch und Anwendung der Einzug der Digitalisierung in allen Lebensbereichen auch für die ältere Generation gewinnbringend sein kann. Zu Zurückhaltung oder Scheu bei der Anwendung von PC, Tablet oder Smartphone bestehe kein Grund. Den Schlusspunkt der Veranstaltung setzte der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl, stv. Ministerpräsident und Landesinnenminister, der die Bedeutung und das Gewicht der älteren Generation in der Gesellschaft hervorhob.



LACDJ bestätigt Dr. Alexander Ganter einstimmig

Bei der diesjährigen Landestagung des Landesarbeitskreises christlich-demokratischer Juristen zum Thema „Recht sichert Freiheit“ standen neben den Reden des Ministers der Justiz und für Europa Guido Wolf sowie von Minister a.D. Willi Stächele dieses Jahr die Neuwahl des Landesvorstandes an. Dabei wurde Dr. Alexander Ganter einstimmig als Landesvorsitzender bestätigt. Als Schwerpunktthema für das neue Geschäftsjahr schlug Dr. Ganter vor, sich mit gesellschaftlichen Veränderungen durch neue Medien und Medienpolitik zu befassen. „Die aktuellen Vorkommnisse über Mobbing und Beschimpfungen in sozialen Medien sind Gift für die Gesellschaft“, so Dr. Ganter.



Dialogparty des CDU-Kreisverbands Emmendingen

Mit einer Dialog-Party startete die CDU im Landkreis Emmendingen erstmals ein neues Format. Zur Veranstaltung am Montag, 23.09.2019, um 19 Uhr waren Bürgerinnen und Bürger dazu eingeladen, mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft ins Gespräch zu kommen. In lockerer Atmosphäre trafen sich mehr als 50 Gäste in der Reeselounge in Malterdingen. Eröffnet wurde die Dialog-Party von Yannick Bury, Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Emmendingen. Nach einem Impuls-Vortrag des Generalsekretärs der CDU Baden-Württemberg, Manuel Hagel, stellten drei Startups aus der Region ihre Unternehmen in kurzen Pitches vor.



JU besucht Weindorf und Bundesgartenschau in Heilbronn

Wenn die BUGA im Land ist, ist selbstverständlich auch die Junge Union dabei: Die JU besuchte am 21.-22. September gemeinsam Heilbronn. Am ersten Abend ging es zusammen mit dem Landesvorsitzenden der CDU, Minister Thomas Strobl, auf das Heilbronner Weindorf. Am nächsten Morgen gab Hanspeter Faas, Geschäftsführer der Bundesgartenschau 2019, den JU-Mitgliedern eine Führung über die BUGA.



Schüler Union wählt neuen Landesvorstand

Bei ihrem diesjährigen Landestag in Kornwestheim wählte die Schüler Union Baden-Württemberg Adrian Klant aus Karlsruhe mit einem Ergebnis von 100 Prozent als Nachfolger von Michael Bodner zum Landesvorsitzenden. Zu Gast war die Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, mit der die Schülerinnen und

Schüler über Kommunikation der CDU im 21. Jahrhundert, Herausforderungen für die CDU im aufziehenden Landtagswahlkampf, das Werteverständnis der Mutterpartei, aber natürlich vor allem über Bildungspolitik, wie beispielsweise das Zentralabitur, angeregt diskutierten.

Esslinger CDU beim Schurwaldlauf

Siebenmal 10 Kilometer erfolgreich gelaufen: Zum ersten Mal war der CDU-Stadtverband Esslingen a. N. in diesem Jahr mit einem eigenen Team beim Esslinger Schurwaldlauf vertreten. Die sieben Läuferinnen und Läufer um den Vorsitzenden Tim Hauser zeigten, dass der CDU-Verband nicht nur politisch ein starkes Team ist. Für eine CDUlerin reichte es sogar ganz nach oben aufs Treppchen: Isabel Hauser wurde mit ihrer Zeit von 00:50:28 Stadtmeisterin in der Klasse W30.



CDU-Kreisverband Zollernalb trifft Landfrauen

Der CDU Kreisverband Zollernalb hat sich bei seiner letzten Sitzung mit Vor-Ort-Aktion auf dem Enzenberghof in Bisingen mit den Kreis-Landfrauen getroffen. Die Vorstandschaft um ihre Vorsitzende Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL erhielt gemeinsam mit den Landfrauen bei einer gastfreundlichen Aufnahme durch das Betreiberehepaar Waltraud und Ewald Kostanzer detaillierte Einblicke in die

Geschichte des Unternehmens, den wirtschaftlichen Stand sowie die Funktionalität des 2017 erstellten, modernen und vollautomatischen Milchviehstalles. Auf dem Rundgang über das Hofgelände und die Stallungen wurde auch so manches brisante Thema aufgegriffen.



Schicken Sie uns Ihre Berichte!

Haben Sie ein besonderes Veranstaltungsformat oder eine vorbildhafte Aktion durchgeführt? Schicken Sie Ihren Bericht (mit Bild und Bestätigung, dass die CDU Baden-Württemberg das Bild veröffentlichen darf) per E-Mail an presse@cdu-bw.de. Wir drucken interessante Berichte, sofern wir Platz dafür haben, gerne hier ab. Bitte beachten Sie, dass Artikel durch uns gekürzt werden können und kein Anspruch auf Veröffentlichung besteht.

Schlusspunkt des Generalsekretärs

Liebe Freundinnen und Freunde,

wer zu Beginn der Herbstzeit mit offenen Augen durch das Land geht, sieht, was die Kräfte der Natur und die Mühlen des Menschen hervorbringen können: Es ist Erntezeit. Erst vor wenigen Tagen haben wir Erntedank gefeiert. Mich beeindruckt immer wieder aufs Neue die große Vielfalt, die wir an erstklassigen, regional erzeugten, heimischen Produkten in Baden-Württemberg haben. Das unterstreichen die prächtigen Erntedankaltäre Land auf und Land ab. Und auch auf dem Cannstatter Wasen ist die Fruchtsäule ein weithin sichtbares Symbol für die großartige Arbeit unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Dafür können wir sehr dankbar sein.

Wenn ich unsere wunderbaren Erzeugnisse genieße, dann wird mir bewusst, welche unschätzbare Lebensqualität wir hier im Ländle haben. Das ist alles andere als selbstverständlich. Und ohne die Grundlage einer intakten Natur und ohne die tägliche Arbeit unserer Landwirte nicht möglich. Wir als Christdemokraten haben einen besonderen Auftrag, Gottes Schöpfung zu wahren und zu schützen. Dieser Markenkern unserer Partei ist heute vielleicht wichtiger denn je.

Es braucht ideologiefreie Lösungen mit Maß und Mitte

Wir als CDU haben schon immer auf Lösungen mit Maß und Mitte gesetzt. Auf Lösungen, die miteinander ein gutes Leben ermöglichen – und nicht gegeneinander. Das macht uns als Christdemokraten mit unserem Unionsgedanken aus. Daran wollen wir auch weiterhin anknüpfen.

Deshalb sagen wir als CDU Baden-Württemberg auch ganz klar Ja zu mehr Artenschutz aber Nein zu Extremen. Wir haben immer gesagt, dass wir die Zielrichtung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ unterstützen. Aber wir nehmen auch die Kritik und die Bedenken, die es gibt,

sehr ernst. Unser politischer Stil ist es nicht, einfach „nein“ zu sagen und die Arme zu verschränken.

Unser Landwirtschaftsminister Peter Hauk MdL hat in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv den Austausch mit den betroffenen Verbänden gesucht und an einem gemeinsamen Weg für mehr Artenschutz in Baden-Württemberg gearbeitet. Herausgekommen sind nun Eckpunkte der Landesregierung, die geeignet sind, den notwendigen Konsens mit den Initiatoren des Volksbegehrens ebenso wie mit den Landwirtinnen und Landwirten zu erzielen. Auf dieser Basis müssen wir nun weiter sprechen und alle Partner an einen Tisch holen. Unser Ziel bleibt: Wir wollen eine gemeinsame Lösung mit allen Beteiligten.

Setzen wir mehr auf Regionalität!

Für uns bedeutet „Rettet die Bienen“, dass wir bei Lebensmitteln noch mehr auf Regionalität setzen. Fränkischer Grünkern, veredeltes Schwarzwaldobst, Gemüse von der Insel Reichenau, Tettlinger Hopfen, Kraut von den Fildern sowie Badischer und Württemberger Wein und die vielen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind Spitzenprodukte im Genießerland Baden-Württemberg, auf die wir alle gemeinsam stolz sein können.

Die Artenvielfalt gemeinsam mit unserer Landwirtschaft erhalten

Um unsere große Artenvielfalt weiterhin erhalten zu können, müssen wir unsere Landwirtschaft gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern weiterentwickeln. Wir wollen familienbetriebene Landwirtschaft und keine Agroindustrie. Dabei treten wir als CDU Baden-Württemberg sehr geschlossen auf. Der gesamte Prozess ist mit unseren Ministerien und der CDU-Landtagsfraktion in enger Abstimmung. Mein Dank gilt hier besonders dem Fraktionsarbeitskreis Ländlicher Raum und Verbraucherschutz um ihren Vorsitzenden Dr. Patrick Rapp MdL. Peter Hauk MdL hat ein

Konzept geliefert, mit dem wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens erreichen können und wollen.

Für unser Land ist es wichtig, auch in Zukunft die ganze Bandbreite der regionalen Erzeugnisse genießen zu können. Und ich möchte auch weiterhin die vielen familienbetriebenen Bauernhöfe besuchen und von dort direkt Äpfel, Trauben und Honig mit bester Qualität erhalten können. Ich möchte, dass auch meine Enkel unsere heutige Lebensgrundlage genießen können. Dafür brauchen wir ein klares Bekenntnis zu unserer Landwirtschaft und zu unserem Artenschutz.

Lassen Sie uns Arten schützen, die Schöpfung bewahren und dabei unsere regionalen Güter noch mehr wertschätzen. Lassen Sie uns gemeinsam mit den bäuerlichen Familienbetrieben die Artenvielfalt in unserem schönen Land zu voller Blüte bringen.

Herzliche Grüße

Ihr



Manuel Hagel MdL
Generalsekretär



Arten schützen. Schöpfung bewahren: Stimmen aus Baden-Württemberg



„Als Bäuerin bin ich ganz klar für Arten- und Naturschutz, unsere Böden und die Insekten sind unsere natürliche Existenzgrundlage. Das Volksbegehren ‚Pro Biene‘ ist jedoch nicht der richtige Weg! Wir brauchen von Landwirten, Politik, Wirtschaft und Privatpersonen gemeinsam entwickelte Konzepte und Lösungen – dies kann nur, wie im Volksantrag der landwirtschaftlichen Verbände vorgesehen, im Dialog gelingen!“

Juliane Veas (Freudenstadt),
Präsidentin LandFrauenverband Württemberg-Hohenzollern



„Pflanzenschutzmittel sind für die Pflanzen wie Medikamente für den Menschen. Grundsätzlich gilt für mich nur so viel wie nötig, immer so wenig wie möglich. Als Winzer muss ich mich in Sachen Pflanzenschutz ständig fortbilden. Mein Ziel ist es, den Boden fruchtbar, die Natur intakt und meinen Betrieb erfolgreich zu erhalten. Ich verstehe Artenschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der wir alle einen Beitrag leisten müssen und können. Ich fordere Kooperation statt Verbote! Treten Sie mit uns bäuerlichen Familien in Kontakt und informieren Sie sich über unsere Arbeit.“

Markus Hohl (Obersulm), Winzermeister



„Die Forderungen von ‚Pro Biene‘ sind in der regionalen Landwirtschaft einfach nicht umsetzbar. Bestimmte Pflanzen, die gerade für Baden-Württemberg typisch sind, benötigen einen gewissen Schutz vor Krankheiten, den man nur mit Pflanzenschutzmitteln erreicht. Überall findet man derzeit grüne Kreuze, die als stiller Protest der Landwirte ausdrücken sollen, dass die Forderungen von ‚Pro Biene‘ der falsche Weg sind und zum Aussterben unserer Höfe beitragen würden. Viele Bauern haben heute Angst, ihre Existenz zu verlieren. Daher finde ich, dass man einen Weg finden muss, der das Artensterben verhindert und gleichzeitig der Landwirtschaft in unserem Ländle hilft.“

Vanessa Baier (Ehingen), Landwirtin



„Das Volksbegehren kommt als vermeintlich schönes Ansinnen daher, wäre aber eine signifikante Fehlentscheidung. Darin stecken nicht nur planwirtschaftliche Ansätze, welche unsere Marktwirtschaft mit dem Angebot-und-Nachfrage-Prinzip aushebeln würden, sondern Landwirten, die bereits Umweltmaßnahmen umsetzen, droht der Verlust von Fördergeldern. Nach dem EU-Agrarrecht ist die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen nämlich nicht förderfähig. Deswegen ‚Nein‘ zum Volksbegehren, aber ‚Ja‘ zur Artenvielfalt!“

Dominique Emerich (Reichenau),
Rechtsanwältin



„Eine Kulturlandschaft ist immer artenreicher als eine Naturlandschaft. Das Volksbegehren stellt einseitig die Landwirte an den Pranger. Die Anzahl der Imker und Honigbienen stieg seit 10 Jahren um über 30 Prozent. Zu viele Bienenvölker können zu Konkurrenten für wilde Insekten werden und Krankheiten und Parasiten wie z.B. die Varroamilbe übertragen. Als Landwirt und Imker liegt mir die Bewahrung unserer Schöpfung und Artenvielfalt am Herzen. In der Landwirtschaft auf Pflanzenschutz zu verzichten, ist genauso, als würde man in der Medizin Medikamente und Behandlungen abschaffen.“

Josef Rief MdB (Kirchberg), Landwirtschaftsmeister und Imker



Impressum

Herausgeber:

CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15
E-Mail: service@cdu-bw.de

Verantwortlich:

Landesteil:
Philipp Müller, Landesgeschäftsführer der
CDU Baden-Württemberg
Heilbronner Str. 43, 70191 Stuttgart
Tel.: 0711 66904-0, Fax: -15
E-Mail: presse@cdu-bw.de

Kreisteil:

CDU-Kreisverband Alb-Donau/Ulm
Thomas Schweizer
Wichernstraße 10, 89073 Ulm
Tel.: 0731 9216521
E-Mail: t.schweizer@cduadu.de

Verlag, Gesamtherstellung und

Anzeigenverwaltung:

Klaus Nussbaum, Geschäftsführer Nussbaum
Medien Weil der Stadt GmbH & Co. KG
Merklinger Straße 20, 71263 Weil der Stadt
Tel.: 07033 525-0, Fax: 07033 2048
E-Mail: wds@nussbaum-medien.de

Beauftragter für Anzeigenschaltungen (Anzeigenmakler):

Knöpfe Medien UG (haftungsbeschränkt)
Winnender Str. 20, 71522 Backnang
Tel.: 07191 34338-0
E-Mail: knoepfle.medien@gmail.com,
anzeigen.union.intern@gmail.com

Bezugspreis:

UNION intern ist das offizielle Mitglieder-
magazin des Kreisverbandes Alb-Donau/Ulm.
Es erscheint sechsmal im Jahr und wird allen
Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft
ohne gesonderte Bezugsgebühr geliefert.

Unser Service für Sie:

Der aus dem Kommunalwahlkampf bekannte Web-to-Print-Shop steht Ihnen weiterhin für Ihre Druckprodukte zur Verfügung.

Auch zwischen den Wahlkämpfen haben Sie die Möglichkeit, bei uns die Drucksachen, die Sie für Ihre politische Arbeit benötigen, auf einfache Weise online zu gestalten und zu günstigen Preisen zu bestellen. Unter anderem finden Sie dort:

- » Visitenkarten
- » Briefpapiere und Kuverts
- » Mitgliedsanträge mit den notwendigen Hinweistexten nach DSGVO
- » Ankündigungsplakate für Ihre Veranstaltung
- » Vorlagen für Anzeigen in verschiedenen DIN-Formaten
- » Auch die weiteren Werbemittel aus dem Kommunalwahlkampf stehen Ihnen bis auf weiteres weiter zur Verfügung und können z.B. für thematische Flyer und Broschüren verwendet werden



Schauen Sie doch gleich rein! Eine Registrierung ist erforderlich.

www.cdu-wahlkampf.de

Übrigens: Der Shop wird laufend um **neue Produkte wie Einladungsflyer und Weihnachtskarten** erweitert, um Ihnen Ihre Arbeit in Ihrem Verband vor Ort zu erleichtern. Es lohnt sich, regelmäßig einen Blick in den Shop zu werfen!